innerhalb 12 Monaten eine 26wöchige versicherungspflichtige Beschäftigung nachgewiesen werden.

Alle Renten, die 30 Mk. im Monat übersteigen, werden auf die Arbeitslosenunterstützung angerechnet. **Für Ledige wird die Wartezeit auf 3 Wochen verlängert.** Bei Berechnung der Unterstützung werden nicht mehr 13, sondern 26 Wochen zugrunde gelegt.

Während der berufsüblichen Arbeitslosigkeit erhalten Arbeitslose aus Berufen und Gewerben, in denen eine regelmäßige wiederkehrende Arbeitslosigkeit berufsüblich ist, in der Lohnklasse 7 die Unterstützungssätze der Klasse 7, in der Lohnklasse 8 und 9 die Unterstützungssätze der Klasse 7, in den Lohnklassen 10 und 11 die Sätze der Klasse 8. Das sind die wichtigsten Beseitigungen der „Mißstände", d. h. in Wirklichkeit die Verschlechterungen, durch die Wissell usw. Nicht nur, daß die Müllerregierung die Arbeitslosenversicherung abbaute, es wurden auch Streichungen im Etat 1929 für andere Zwecke sozialer Natur vorgenommen. So bei der Kriegsopferversorgung 57,5 Millionen und bei der Kleinrentnerfürsorge 15 Millionen. War vor der Wahl das Geschrei: Gegen Panzerkreuzer — Für Kinderspeisungen, so lautete es jetzt umgekehrt. Der Panzerkreuzer bekam seine Millionen, damit er gebaut werden konnte, während auf der anderen Seite für Schulkinderspeisungen im Etat 5 Millionen gestrichen wurden. Im Gegenteil, Severing leistete sich noch den Scherz, die Proletarierkinder zu verhöhnen.

Gegenüber diesem Feldzug auf die proletarischen Massen entdeckte das Müller-Kabinett folgende Liebe für das Industrie- und Agrarkapital.

1. Aufhebung der Industrieobligationen — ein jährliches Geschenk von 330 Millionen an die Industriellen.
2. Fortfall der Rentenbankschuld der Landwirtschaft — jährlich **85 Millionen.**
3. Herabsetzung der Gewerbesteuer um 20 Prozent — eine Liebesgabe an die Industrie von **200 Millionen jährlich.**
4. Herabsetzung der Grundsteuer um 20 Prozent — gleichfalls ein **200 Millionen-Geschenk an die Grundbesitzer.**
5. Senkung der Einkommensteuer — eine Liebesgabe **von 400 Millionen.**
6. Aufhebung der Kapitalertragsteuer — **100 Millionen.**
7. Senkung der Vermögensteuer — **20 Millionen.**
8. Senkung der Gesellschaftssteuer — **50 Millionen.**
9. Aufhebung der Zuckersteuer zugunsten des Zuckersyndikats (ohne Senkung der Preise) **160 Millionen.**

Die „Osthilfe" für den ostelbischen Großgrundbesitz erforderte im Etat 1929 und 30 je 65 Millionen. Dazu kommt das neue Ostprogramm mit einer Subvention von Zuschüssen, Krediten und Garantien von rund 1¾ Milliarden Mark.

Der Gipfel von politischer Leistungsfähigkeit durch die Müllerregierung wurde jedoch erklommen durch das neue Republikschutzgesetz.

Das neue Gesetz verkündet:

„Mit Gefängnis **nicht unter drei Monaten** wird, soweit nicht andere Vorschriften eine schwerere Strafe androhen, bestraft:

1. Wer an einer geheimen oder staatsfeindlichen Verbindung (Paragraph 128, 129 des Strafgesetzbuches), die die Bestrebung verfolgt, die verfassungsmäßig festgestellte republikanische Staatsform des Reiches oder eines Landes zu untergraben, teilnimmt oder wer eine solche Verbindung unterstützt.

2. Wer sich einer geheimen oder staatsfeindlichen Verbindung anschließt, die selbst oder deren Mitglieder unbefugt Waffen besitzen."

Der Paragraph 14 des neuen Gesetzes lautet:

„Wer eine nach Paragraph 14 oder 15 verbotene periodische Druckschrift herausgibt, verlegt, druckt oder verbreitet, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft, neben dem auf Geldstrafe erkannt werden kann."

Dies nur eine kleine Auslese aus diesem Gesetz, welches weiter nichts ist wie die Neuauflage des Bismarckschen Sozialistengesetzes zur Unterdrückung des revolutionären Proletariats.

Das ist die Frucht von 21 Monaten sozialdemokratischer Regierungspolitik. Sie muß jedem Arbeiter demonstrieren, daß sie mit proletarischer Politik nichts gemein hat. Sie war keine Verteidigung des Lebensstandards der Arbeiterklasse gegen die Anschläge des Kapitals, sondern die brutale Ausplünderung der proletarischen Massen. Und als diese Schweißhunde das Regierungsschiff verlassen mußten, da brachten sie noch zum Ausdruck, daß sie zu allem bereit wären. Und heute, in ihrer unüblen „Oppositions"rolle, fällt ihnen die Aufgabe zu, die Arbeiter abzulenken von den wirklichen Geschehnissen. Das Proletariat muß zum 14. September begreifen, daß es mit diesem Zauber nichts gemein hat. Jene Massenbetrüger aus Beruf benützen diesen Wahlrummel als Gelegenheit, als Sprungbrett, um wieder in die Pfründen zu steigen. Und daß dieser Parlamentarismus keine Aenderung der Lage des Proletariats bringt, zeigt die Vergangenheit und schlagend die 21 Monate sozialdemokratischer Regierungspolitik. Die Sabotage des Wahlrummels ist die Parole des klassenbewußten Proletariats in diesen Tagen, wo der Massenbetrug der parlamentarischen Hanswürste seine Orgien feiert; denn die Zeit erfordert, daß das Proletariat sein Schicksal selbst in die Hand nimmt.

30 000 lehrstehende Wohnungen in Berlin

Aber 250 000 Wohnungen werden gesucht!

Der ganze Widersinn der kapitalistischen Wirtschaft kommt in der Wohnungsmisere zum Ausdruck. Allein in Berlin sind 250 000 Wohnungssuchende bei den Wohnungsämtern eingetragen. Daneben gibt es noch eine Riesenmenge Zugezogener und Leute, die ihre Wohnung verkauft haben, deren Altwohnung also bewohnt wird, die wohl wohnungslos sind, aber nicht in den Listen der Wohnungsämter stehen, weil sie keinen Anspruch auf eine Wohnung haben. Es wird auch Leute genug geben, die sich, die Zwecklosigkeit der Eintragung richtig einschätzend, gar nicht haben eintragen lassen. Die Zahl von einer Viertelmillion Wohnungssuchender wird nicht übertrieben sein.

Grotesk, wie eine Karnevalszeitung, muten angesichts dieser schreienden Zustände die Inseratenseiten der Journale an, in denen wieder Wohnungen angeboten werden wie Sauerbier. In allen, auch den kleinsten Vereinen gehört es zu den stehenden Tagesordnungspunkten, daß Wohnungsangebote irgend welcher „gemeinnütziger" Gesellschaften verlesen werden. In Berlin stehen 30 000 Wohnungen leer, die keine Mieter finden, weil die Mieten kein Wohnungsloser bezahlen kann. Der „Vorwärts" hatte kürzlich seiner gesamten Berliner Auflage einen Prospekt beigelegt, in dem die „Wohnstatt Karl Legien" ein Häuserblock im Norden der Stadt leerstehende Neubauwohnungen anbot, wie man früher Seifen oder Kochgeschirre anpries. Viele der Wohnungsbaugesellschaften zahlen hohe Provisionen für das Vermieten einer Wohnung.

Die in Frage stehenden leeren Wohnungen sind nicht etwa wohnungsamtsfrei, sondern größtenteils mit Hauszinssteuern und billigen Zusatzhypotheken aus städtischen, staatlichen oder sonstigen öffentlichen Mitteln erbaut, also billiger als durch Bauunternehmer aus eigenen Mitteln erbaute Wohnungen, falls es solche überhaupt in nennenswerter Zahl geben sollte. Aber auch für diese mit öffentlichen Mitteln schlecht, schwach, einfach und geschmacklos, in barackenartigen Mietskasernen flüchtig erbauten und für kurze Lebenszeit berechneten Wohnungen werden Preise verlangt, die kein Arbeiter oder gewöhnlicher Angestellter oder Beamter bezahlen kann. Werden doch für 1½-Zimmer-Wohnungen 63—67 Mark verlangt, in einzelnen Fällen sogar 90 Mark und darüber. Die meisten der leeren Neubauwohnungen sind allerdings größere, bis 3½ und 4 Zimmer. Was sich das Berliner Zentralwohnungsamt, das über die Hauszinssteuerverteilung verfügt, dabei gedacht hat, wird wohl das Geheimnis der alten Graubärte bleiben.

Es muß hier der Ansicht entgegengetreten werden, daß mit diesen Wohnungen Wucher getrieben würde. Bei der Mietefestsetzung ist das Hausbesitzerkapital so gut als ausgeschaltet. Die Wohnungen sind, wie schon gesagt, zum großen Teil gemeinsam durch Stadt und Gewerkschaften erbaut. Neben der Pfründen- und Bonzenwirtschaft, die ja überall und auf allen Gebieten üblich ist und sich deshalb der allgemeinen Preisbildung angleicht, sind für die Kapitalien niedrigere Zinssätze vorgesehen als im Handel und Produktion und die Proleten schaffen bei niedrigen Löhnen mehr als üblich, weil es ja „ihre" Gesellschaften sind. Auf dem Gebiete des Wohnungswesens kommt der Bankrott der kapitalistischen Ordnung eben am ersten zum Ausdruck. Die Kluft zwischen Gestehungskosten (wozu die Profite der Baustoffindustrien und bauausführenden Gesellschaften gehören) und dem Einkommen der Arbeiter ist eben nicht mehr zu überbrücken. Der Kapitalismus kann das Wohnungsproblem nicht mehr lösen. Das müssen die Proletarier als feststehende Tatsache hinnehmen. Millionen sind dazu verurteilt, lebenslänglich „Wohnungssuchender" zu bleiben, in Höhlen und Löchern zu verkommen.

Den Ausweg sieht man in der Herabsetzung der Neubauwohnungsmieten und der Heraufsetzung der Altbauwohnungsmieten, so daß sie sich in ein paar Jahren auf einer mittleren Linie treffen. (Das ist eine Erfindung der Sozialdemokratie der verflossenen großen Koalition, in Preußen und den Städten, die mit den Mietpreiserhöhungen damit den Anfang machte.) Das wird die Wohnungsmisere aber nicht beheben, sondern sie noch verschlechtern. Hunderttausende mehr werden dann auch nicht mehr die Altbauwohnungsmieten bezahlen können, die sie heute noch soeben unter Entbehrungen aufbringen. Im Wohnungswesen ist der Kapitalismus schon am Ende seines Lateins. Es wird nicht mehr so lange dauern, bis sich der Bankrott — der Widerspruch zwischen Profitnotwendigkeit und Arbeitslöhnen — auch auf anderen Gebieten zeigen wird durch Erliegen der Produktion infolge Kaufkraftmangel der breiten Masse. Das ist gut so. Bald wird dem Proleten handgreiflich demonstriert werden, daß ihm durch den Stimmzettelunfug nur der Blick getrübt werden soll, die Ursache seines Elends im Kapitalismus zu erkennen.

Der Bankrott der Kommunen

Durch Armenlasten infolge der Arbeitslosigkeit.

Vom 1. Januar d. J. bis in den Hochsommer ist die Arbeitslosenziffer in Deutschland um rund 50 Prozent emporgeschnellt. Das heißt, daß die Arbeitslosigkeit in diesem Jahre zu dieser Zeit eben soviel stieg, als sie in früheren Jahren sank. Durch die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung und den Abbau der Krisenfürsorge — womit die Sozialdemokratie in der Großen Koalition den Anfang machte — ist den Gemeinden eine Riesenlast aufgebürdet. Die Ausgesteuerten fallen eben der städtischen „Wohlfahrt" zur Last. Das Verhältnis der Zahl der von der Reichsanstalt (Versicherung) Unterstützten zu der Zahl der von den Wohlfahrtsämtern unterstützten Arbeitslosen verschiebt sich immer mehr zu Lasten der Wohlfahrtsämter: Die Wohlfahrtserwerbslosen stiegen von Januar bis Juli von 51 161 auf 80 072 oder um 57 Prozent, die Zahl der von der Reichsanstalt Unterstützten vom 15. Januar bis 15. Juli von 199 600 auf 232 600 oder um 16 Prozent. Ein immer größerer Teil der Gesamtzahl der Arbeitslosen fällt also den Wohlfahrtsämtern zur Last: Im April 1929 wurden etwa 15 Prozent, im Juli 1930 aber 25 Proz. aller Arbeitslosen von der Wohlfahrtspflege betreut. Nach den Erhebungen des Reichsstädtebundes durften die Städte jetzt rund 600 000 Arbeitslose unterstützen, die aus der Versicherung ausgesteuert sind oder durch die Verschlechterung der Versicherung und der Krise von dort überhaupt nicht unterstützungsberechtigt waren. Die Last der Städte wächst mit zunehmender Einwohnerzahl.

Am 31. Mai 1930 waren von 1000 Einwohnern

in Gemeinden mit	laufend unterstützte Wohlfahrtserwerbslose
1 000— 2 000 Einwohnern	3.1
2 000— 5 000 „	4.7
5 000— 10 000 „	6.8
10 000— 25 000 „	9.9
25 000— 50 000 „	11.1
50 000—100 000 „	11.8
über 100 000 „	14.9

Es zeigt sich auch hier, daß die Große Koalition, in der die SPD. ausschlaggebend war, der Bürgerblockregierung Brüning gut vorgearbeitet hat, als sie mit der Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung und dem Abbau der Krise anfing. Die Brüningregierung setzt diese sozialdemokratische Politik nur auf erhöhter Stufe fort. Ihr Ziel ist allerdings das von der SPD. nicht gewollte, nämlich die Erdrosselung der großen Städte. Die obige Tabelle zeigt deutlich, daß der Zeitpunkt nicht mehr ferne ist, wo die großen Städte die für ihre Betriebe aufgenommenen Anleihen nicht mehr verzinsen können und die Werke dem Privatkapital überlassen müssen. Das ist einer der Zwecke der gegenwärtigen Arbeitslosenpolitik der Brüning-Regierung. Die Städte haben die Werke mit öffentlichen Mitteln aus- und aufgebaut, jetzt sind sie bei weiterem Kapitalzuschuß (den die Städte nicht mehr leisten können) gerade recht als Profitobjekt des Privatkapitals, um die Massen aufs neue zu schröpfen.

Die Parteien der Weimarer Koalition werden ihr Geschrei um ihre Direktorenpfründen (aus denen sie ihre Parteikassen anfüllen), ihr Geschrei noch verstärken, sie werden sich aber hüten, das Privatkapital zu verärgern. Das Privatkapital wieder wird nicht dumm genug sein, die Bonzen aus ihren Posten zu werfen. Zwar wird es den faulen und dummen Tröpfen nicht ihre horrenden königlichen Zivillisten belassen, diese werden es aber auch billiger machen. (Die SPD. bereitet sich jetzt schon darauf vor, mit ihren Direktorengehältern-Abbaubluffs.) Als Fronvögte wird es sie schon behalten, denn in der Zügelung der Proleten sind die Bonzen den Kapitalisten überlegen. Nach dem 14. September, spätestens zum Winter, wenn die Arbeitslosenflut die bürgerlichen Dämme wegzuspülen droht, wird das Kapital sich deshalb auch seine Regierungssozialdemokraten als Minister wiederholen und es wird gut dabei fahren.

Das Proletariat hat keine Ursache, dem Bankrott der Städte eine Träne nachzuweinen. Der Stadtkapitalismus hat sich als ein ebenso brutaler Ausbeuter und Ausplünderer der Massen erwiesen als das Privatkapital. Vielleicht kommt das Proletariat dadurch aber jener Erkenntnis einen Schritt näher, daß das „Hineinwachsen in den Sozialismus" nur ein Teilstück des allgemeinen Stimmzettel-Betruges ist.

Was sagt Rosa Luxemburg?

„Alle bisherigen Revolutionen haben bewiesen, daß man in revolutionären Situationen nicht die Massen, sondern die parlamentarischen Rechtsanwälte im Zügel halten muß, damit sie die Massen und die Revolution nicht verraten."

Klassenbewußte Arbeiter boykottieren die Reichstagswahl!

So sieht der Sozialismus der SPD. aus

Ein Mann annoncierte in den Zeitungen: „Wer mir 3 Mark sendet, dem weise ich eine mühelose und glänzende Existenz nach." Wer nun den Taler einschickte, bekam einen gedruckten Zettel: „Machen Sie es wie ich."

Der Mann wurde wegen Betruges ins Zuchthaus gesteckt. Das Gericht sagte sich wahrscheinlich, wenn nun alle — vielleicht 20 Millionen —, die eine gute Existenz erstreben, so annoncieren würden, so müßte einer den anderen neppen und das ginge nicht gut.

Aus diesem Gerichtsurteil hat der Vorwärts seine Nutzanwendung gezogen und daraus eine neue sozialdemokratische Theorie für Arbeitslose konstruiert. An diese 4 Millionen richtet der Abend-Vorwärts vom 29. August „ein paar Worte der Ermunterung", gute Ratschläge, wie sie ihr Elend überwinden können. Der erste ist:

Wandern (!) „weit oder nah, keinesfalls beharren. Die berühmten (?) Tramps Amerikas sind zu neun Zehnteln nichts als blindfahrende Arbeitssucher."

Und die Millionen, die nicht wandern können „so einfach nach Nord oder Süd, Ost oder West, weil sie Weib und Kind haben, dann heißts das **Gesichtsfeld ändern**, die Methode: den Beruf „umsatteln" —!

Nun aber. Wie leicht doch die soziale Frage gelöst werden kann. Warum der Vorwärts wohl, seit die SPD. aus der Regierung geworfen wurde, über Entlassungen und Betriebsstillegungen zetert, wenn die Sache so einfach ist? Machen wirs doch den Tramps nach. Es wird in Deutschland so 20 Millionen Menschen geben, die zwischen Hungerkrankheit und Hungertod pendeln. Oder überlassen wir Frauen und Kinder ihrem Gatten und Erzeuger, dann gibts vielleicht 8 Millionen: 4 Millionen Arbeitslose, 1 Million Kurzarbeiter, 3 Millionen Kriegskrüppel, Kleinrentner, Entwurzelte, Gestrauchelte, Schuftende und trotzdem Verhungernde. Vier Millionen werden Tramps, besteigen die Dächer der Eisenbahnen, pendeln hübsch von Nord nach Süd, von Süd nach Nord, von Ost nach West, von West nach Ost, kampieren in Wäldern und Feldern, holen sich nachts ein Schwein, eine Kuh, braten sie am Spieß — etceterapepe: ein freis Leben voller Wonne.

Einzelne haben das schon versucht, ohne den Rat des Vorwärts abzuwarten. Sie wurden von der Justiz der Demokratie, z. T. von sozialdemokratischen Richtern hinter Gitter gesetzt, nachdem sie von sozialdemokratischen Polizeipräsidenten durch sozialdemokratische Polizisten aufgegriffen wurden.

Für die anderen 4 Millionen gibt der Vorwärts gleich praktische Fingerzeige. Man kann „Mahnspezialist" werden, d. h. für Kapitalisten die säumigen Proleten mahnen, die mit ihren Ratenzahlungen im Rückstand sind, oder mit Brezeln, Würstchen, Salzstangen, „Kravatten, Parfüms, Ketten und allem möglichen Krimskrams verbotenerweise auf der Tauentzienstraße stehen". Diese müssen, wie das Blatt ausdrücklich rät, ein jeder „immer zwei Aufpasser haben, die einen herannahenden Schupo avisieren, der die Ware konfiszieren könnte". Das ist nicht zu kostspielig, denn der Vorwärtsschmok, der dies schreibt, hat „Tageslosungen bis 50 Mark auf Kravatten gesehen mit einem Reingewinn von fast 30 Mark".

Sichen sind der Vorwärts-Redaktion Bedenken gekommen, daß auch die letzten Arbeiter noch freiwillig aus den Betrieben laufen, um auf der Tauentzienstraße mit Kravatten zu handeln, und deshalb gibt sie uns noch andere wertvolle Ratschläge. Gut ist eine Hühnerfarm, auf der man auch Kartoffeln pflanzen könne. Ein Professor in Amerika habe es jedenfalls getan. Dann der Triumph. — Doch schreiben wir diese Köstlichkeiten lieber gleich ab. Hier sind sie:

„Eine Heiligenstädter Knopfmacherin hat durch ihre Heimarbeit, die sie an die Bauern der Umgegend verkaufte, **(und die Kinder fabrizierten Limonaden)** nach und nach soviel verdient, daß sie ein Kino kaufen konnte — heute haben alle ihre Verwandten Kinos in Thüringen. ... Eine Strumpfverkäuferfamilie stand bei allem Wetter gegenüber im Haustor, ein Jahr oder zwei, jetzt haben sie den Laden, neben dem sie gestanden haben. Und Marktleute gibt es: zuerst fuhren sie ihre Ware im Kinderwagen zum Verkaufsplatz, dann in einem Karren, heute in einem Auto."

Wie dumm wir Proleten doch sind, daß wir diese grandiose Entdeckung dem Vorwärts überlassen mußten. Selbstverständlich sind Klassenkampf und Sozialismus Blödheiten. Wozu auch Aufregung. Wir verlängern die Tauentzienstraße bis Brandenburg a. H., damit da ein paar Millionen stehen können und handeln mit Kravatten und Salzstangen. Ein Drittel handelt, zwei Drittel passen auf. Rechts und links an der verlängerten Tauentzienstraße kann man ja Kinos bauen. Es wäre gelacht, wenn wir da nicht aus dem Schlammassel kommen, wo doch die Kinder zu Hause noch Limonaden fabrizieren.

Ob die Arbeiter an diesen Stuß noch nicht merken, daß die vollgefressenen Pfeffersäcke in den Redaktionen und Parteibüros sich über sie lustig machen!

Organisatorische Mitteilungen

Groß-Berlin

Versammlungskalender.

3. Bezirk. Jeden Freitag, abends 20 Uhr, im Lokal Gladow, Malplaquetstr. 24.

6. Bezirk. Jeden 2. und 4. Freitag, 20 Uhr, im Lokal Reibe, Gitschinerstraße 88.

14. Bezirk: Jeden Donnerstag, 20 Uhr, bei Neumann, Kirchhofstraße 5.

15. Bezirk. Jeden Freitag, nachm. 17 Uhr, bei Jahnke, Niederschöneweide, Brückenstr. 3.

17. Bezirk. Jeden Freitag, 20 Uhr, bei Worlitzer, Gürtelstr. 38.

Reich

Ortsgruppe München.

Jeden Freitag, abends 7,30 Uhr, finden im Lokal Gambrinus, Sendlinger Straße, **öffentliche Diskussionsabende** der KAP., RBO. und KAJ. statt.

Proletarier aller Richtungen werden hiermit eingeladen. Die „KAZ" liegt dort ebenfalls aus.

Für den Pressefond gingen im August ein: 15. Bezirk 3.85 Mk., E. B. 2,— Mk., Gen. Schüler 20,— Mk., O. F. 1,— Mk., H. Unglenk 1,25 Mk., 21. Bezirk Liste 262 2,40 Mk., 3. Bezirk Liste 252 1,— Mk., 14. Bez. Liste 1,— Mk., Ungenannt 1,50 Mk.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: W. Tietz, Berlin. Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Iszdonat, Berlin O 17.

11. Jahrg. Nr. 37

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Berlin, 13. September 1930

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42, Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.

Bei Bezug unter Streifband vierteljährlich 2,50 Mark incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,18 und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Die KPD. gegen die Weltrevolution!

Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor:

Die Krise des Nationalsozialismus

Als der Reichstag aufgelöst wurde, erließ das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei ein Manifest, das am 19. Juli 1930 in der „Roten Fahne" erschien. In diesem Manifest wendete es sich gegen die faschistische Diktatur des Finanzkapitals in Deutschland. Es erklärte, daß Hunger, Faschismus und Krieg der kapitalistische „Ausweg" aus der Krise sei. Es verlangt vor allem „den Sturz des ganzen räuberischen Systems der kapitalistischen Ausbeutung, die Zertrümmerung der faschistischen Diktatur des Finanzkapitals durch den rev. Freiheitskampf der arbeitenden Massen in Stadt und Land, die Errichtung der Herrschaft der Arbeiter und Bauern in einem freien sozialistischen Deutschland". Zum Schluß stellt es konkrete Forderungen für den Tageskampf auf. Unter diesen erscheint als drittletzte Forderung die Parole „gegen den räuberischen Youngplan". In derselben Nummer schreibt Thälmann, den die „Rote Fahne" mit Vorliebe den Führer der Kommunistischen Partei nennt, einen Artikel „Bolschewismus gegen Faschismus" mit dem Untertitel „Organisiert den Wahlkampf im Zeichen der proletarischen Revolution". 5 Wochen später beschließt dasselbe Zentralkomitee auf Vorschlag des Genossen Thälmann eine „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des Deutschen Volkes". Wer hat diesen Stellungswechsel befohlen? Wer verlangt, daß die nationale Befreiung vor der sozialen Befreiung marschiert? Wer verlangt, daß der Wahlkampf nicht im Zeichen der proletarischen Revolution, sondern der nationalen und sozialen Revolution steht? Wer hat die Notwendigkeit dieser Schwenkung in das nationale Fahrwasser befohlen? Diese Fragen müssen sich alle rev. Proletarier stellen. Dies gilt besonders für diejenigen Proletarier, die noch heute den Parolen der KPD. folgen. Schon einmal war in der Geschichte der KPD. der Nationalbolschewismus Trumpf, als in den Jahren 1923 und 1924 Ruth Fischer und Reventlow sich in den Armen lagen. Damals schrieb Karl Radek im Auftrage der Komintern in der „Roten Fahne" die theoretischen Leitartikel zur Begründung der rev. nationalen und internationalen, also national-bolschewistischen Einheitsfront. Auch diese Einheitsfront stand im Zeichen des Kampfes gegen den Versailler Vertrag. Die Komintern wollte und befahl die Verbindung, die Koalition mit der völkischen Bewegung. Das deutsche Proletariat sollte unter dem Kommando der faschistischen Generäle gegen Frankreich ziehen. Der so entfesselte Krieg war als Geburtshelfer der proletarischen Revolution gedacht. Nach dem Siege sollte das Proletariat die Gewehre gegen die nationalen Bundesgenossen kehren. Es war dabei von vornherein beabsichtigt, daß dieser deutsche Befreiungskampf gemeinschaftlich mit Rußland durchgeführt werden sollte. Die russische rote Armee war der Bundesgenosse der deutschen Reichswehr im militärischen Kampf. Genau so sollte die deutsche Bourgeoisie der Bundesgenosse der russischen Bourgeoisie im Kampf gegen das internationale Kapital sein. Der Nationalbolschewismus war als Brücke zwischen der deutschen und russischen Bourgeoisie gedacht. Die russische Regierung stützte sich bei ihrem Plan auf die deutschen kapitalistischen Schichten, welche Anhänger einer Ostorientierung waren. Dazu gehörte vor allen Dingen das landwirtschaftliche Kapital und Teile der deutschen Industrie, die im russischen Markt ein bequemes und durch den Versailler Vertrag unbelastetes Ausbeutungsobjekt sahen. Diese Schichten konnten damals und können auch heute auf die Unterstützung ihrer Pläne durch die Reichswehr rechnen, deren Hauptziel die Revanche gegenüber den Feindbundmächten ist.

Der Nationalbolschewismus des Jahres 1923 scheiterte an der Notwendigkeit zum Aufbau der deutschen Wirtschaft, die Verbindung mit dem Weltkapital wieder aufzunehmen. Das internationale Kapital hatte alle Veranlassung, die deutsche Bourgeoisie nicht dem Bolschewismus in die Arme zu treiben, weil dadurch die durch die wirtschaftliche Zerrüttung Mitteleuropas gefährdete Weltwirtschaft außerdem um die Möglichkeit eines Ersatzes seiner Kriegsaufgaben gekommen wäre. Das deutsche Kapital seinerseits konnte nicht mit den russischen Hilfsmitteln den Wiederaufbau seiner Weltstellung erreichen. Es brauchte vor allen Dingen große Kredite des ausländischen Kapitals, um seine zurückgebliebenen Produktionsverhältnisse auf den Weltstandard zu bringen. Unter Führung von Ebert stellte sich die deutsche Bourgeoisie mit Glossen gegen den von der Komintern propagierten Nationalbolschewismus.

Mit dem Abschluß des Dawesplanes war der Nationalbolschewismus in Deutschland und für Rußland liquidiert. Er wurde als Fehler verfemt, das Bündnis mit dem Faschismus in Acht und Bann getan. An deren Stelle trat wieder die gereinigte und reine rev. Linie. Die relative Stabilisierung des deutschen Kapitals war die Erkenntnis oder besser das Produkt der Tatsache, daß das deutsche Kapital unentwegt westlich orientiert blieb. Es bestand daher für Rußland keine Möglichkeit, über den Nationalbolschewismus ein Bündnis mit der deutschen Bourgeoisie bzw. Teilen derselben herzustellen. Solange das internationale Kapital der deutschen Bourgeoisie erlaubte, mit den von ihm gewährten Krediten die Reparationsforderungen zu bezahlen, war der imperialistische Pazifismus der Stresemann und Konsorten, die Erfüllungspolitik der deutschen Sozialdemokratie ein Geschäft für das deutsche Kapital. In dem Augenblick aber als das internationale Kapital eine Realisierung und eine faktische Bezahlung der Reparationen von Deutschland verlangte, begann langsam eine Aenderung der Stellungnahme zum rettenden Dawesplan. Diese Aenderung verschärfte sich, als die Weltkrise in ein akutes Stadium eintrat. Die Abänderung des Dawesplans durch den Youngplan genügte in keiner Weise, zumal da durch die Krise die Bezahlungsmöglichkeit durch Steigerung der Ausfuhr verschwand. Die Verbindung mit dem westlichen Kapital wurde zu einer so großen Last für die deutsche Bourgeoisie, daß sie sich ernstlich wieder mit einer Sabotage der Erfüllungspolitik befaßte.

Inzwischen hatte sich in Rußland die Einschließung durch das internationale Kapital weiter ausgewirkt. Die Sowjetbürokratie war gezwungen, ein Wirtschaftsprogramm aufzustellen, dessen Ausführung im wesentlichen auf der Grundlage einer selbst genügsamen Wirtschaft vorgesehen war. Wegen des technischen Rückstandes der russischen Industrie war es nicht möglich, den Aufbau eines Industrieapparates auf der Höhe des Weltstandards ohne Belieferung durch das ausländische Kapital vorzunehmen. Die Einfuhr dieser hochwertigen Produktionsmittel und die Durchführung des 5-Jahresplanes hing im wesentlichen von der Effektierung des russischen Exportes ab, nämlich russisches Getreide gegen europäische und amerikanische Maschinen einzutauschen. Infolge der Agrarkrise im Weltmaßstab war die Unterbringung des Getreideexportes unmöglich. Dazu kam noch, daß die gewaltsam betriebene Expropriierung der russischen Großbauern (Kulaken) die Ernährung der russischen Bevölkerung selbst gefährdete. Die inneren Schwierigkeiten in Rußland stiegen von Tag zu Tag. Es war deshalb wiederum notwendig, im Ausland Revolutionstheater zu machen. Die einzige Möglichkeit dazu bestand in einer erneuten Annäherung an die deutsche Bourgeoisie. Als der Reichstag aufgelöst wurde, handelte es sich im wesentlichen um innerpolitische Fragen. Der Kampf gegen den Youngplan war noch nicht zur Parole der bürgerlichen Parteien geworden. Dies war erst eine Folge des Wahlkampfes. Die Bourgeoisie brauchte eine schlagkräftige Begründung für die Forderungen des Lohnabbaues und des Abbaues der Sozialpolitik. Die einzige Möglichkeit bestand darin, den nationalen Kampf gegen den Youngplan in den Vordergrund zu rücken und für den Lohnabbau und die Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiterschaft die Youngplanparteien, insbesondere die Sozialdemokratie verantwortlich zu machen. Auf diese Weise wurde der Nationalismus zum Wahltrumpf.

Die KPD. zögerte noch, diesen nationalen Parolen zu folgen. Ein Bündnis mit dem Faschismus erschien ihr nach der scharfen Kampf- und Frontstellung, die sie bis dahin gegenüber dem Faschismus bezogen hatte, unmöglich. Es hätte dies auch eine offene Koalition mit der deutschen Bourgeoisie bedeutet, während im Jahre 1923 der Kampf gegen den Youngplan noch ein Kampf gegen den herrschenden Teil des deutschen Kapitals war. Es mußte deshalb ein Weg gefunden werden, der eine Verbindung mit den auf den Nationalismus eingeschworenen Teilen der Arbeiterschaft und des Mittelstandes darstellt. Ein roter Nationalsozialismus sollte die Brücke zwischen Rußland, der deutschen Bourgeoisie und der KPD. bilden. Deshalb wurde auch in der Programmerklärung die nationale Befreiung vor die soziale Befreiung gestellt. Die Freiheit der deutschen Bourgeoisie zur Ausbeutung der Arbeiterklasse, ihre Forderung der Befreiung von der Fremdherrschaft wurde zum ersten Programmpunkt des Bolschewismus. Diese Einstellung kann um so weniger verwundern, als die Komintern das deutsche Kapital ja immer zu den unterdrückten Völkern rechnete, deren nationale Befreiung erst den Weg zur sozialen Befreiung bilden sollte. Das deutsche Kapital war für sie Kolonialland, genau so wie Indien. Die Loslösung von der Fremdherrschaft, der gemeinsame Weg dazu mit der Bourgeoisie, gehörte zu der Forderung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Heinz Neumann, der Schlächter der chinesischen Revolution, sollte seine chinesischen Erfahrungen für Deutschland verwerten. Deshalb erfolgte auch eine Ablehnung des hitlerischen bürgerlich konsolidierten Nationalismus und eine Verbrüderung mit dem sozialistisch revolutionär verbrämten Nationalismus der Strasser-Leute. Die Hitlerianer sind zu ausgesprochene Nationalisten, als daß sie zu Nationalbolschewisten werden könnten. Rußland kann aber nur als Bundesgenossen Nationalbolschewisten gebrauchen, weil es mit Recht die sich zur herrschenden Klasse entwickelnde Hitler-Bourgeoisie nicht für einen willfährigen Bundesgenossen hält. Es glaubt im Gegenteil, daß Hitler das Bündnis mit Italien zur gemeinsamen Bekämpfung des französischen Kapitals vorziehen würde. Deshalb wettert auch das Manifest gegen den hitlerischen Verrat an den nationalen Interessen durch einen „schmutzigen Geheimvertrag mit der italienischen Faschistenregierung" wegen der Zustimmung zur Angliederung Südtirols an das faschistische Italien. Die KPD. ist empört über diese schändliche Tat von Hitler und den Verkauf der nationalen Interessen an Italien. Dieses Bündnis zwischen Hitler und Italien ist ein Dolchstoß in den Rücken des Nationalbolschewismus. Um diese Verbindung zu hindern, tritt die KPD. mit einem eigenen nationalen revolutionären Programm auf. Dieses Programm muß seiner Natur nach doppelköpfig sein. Es muß zur Gewinnung der nationalen Massen nationalbolschewistisch und zur Gewinnung der revolutionären Massen proletarisch-revolutionär sein. Da es aber Rußland mehr auf die Gewinne der nationalen als der revolutionären Massen ankommt, so gibt das Manifest das Primat der nationalen Befreiung. Es rückt den Kampf gegen den Youngplan in den Vordergrund. Es schwört feierlich vor allen Völkern der Erde, daß Sowjetdeutschland keinen Brest-Litowsker Frieden abschließen würde und auch abzuschließen braucht. Die Rückendeckung durch Rußland würde es dem deutschen Volk ermöglichen, die Ketten des Ver-

sailler Vertrages restlos zu zerreißen. Die rote Armee und die Sympathien des rev. Proletariats der Welt würden die nationale Befreiung Deutschlands verbürgen. Da die Kommunistische Partei in ihrem Kampf gegen das Finanzkapital radikaler sei als die schon mit dem Bürgertum verbrüderte Nationalsozialistische Arbeiterpartei, so sei auch die Befreiung der Völker von der Macht des Finanzkapitals bei der KPD. besser aufgehoben. Es wird dann der Nachweis im einzelnen geliefert, daß die KPD. ein besseres Instrument der nationalen Befreiung ist und daß der wirkliche Nationalismus der Nationalismus der KPD. sei. Diese Auffassung steht nicht im Widerspruch mit der internationalen Durchführung des Sturzes des Kapitals. Der Kommunismus sei auch in einem Lande durchführbar und möglich, wie dies am besten durch Sowjetrußland bewiesen sei.

Diese Einstellung ergibt ganz klar, daß die proletarische Weltrevolution von der KPD. zugunsten der nationalen Befreiung des deutschen Kapitals von der Abgabenlast an das Ententekapital sabotiert wird. Die KPD. sieht es als ihre Aufgabe an, dem deutschen Kapital die restlose Ausbeutung des deutschen Proletariats durch es zu garantieren. Sie treibt keine proletarische Außenpolitik. Für sie ist die Aufrichtung des Nationalismus in Deutschland die erste Pflicht. Der internationale Klassenkampf als Mittel zum Sturz der Bourgeoisie wird von ihr in die Parole „zuerst Auslieferung der Macht" in vollem Umfange an die nationale Bourgeoisie umgebogen. Das deutsche Proletariat wird für die Ziele der deutschen Bourgeoisie eingespannt. Die Polemik der Brandleristen und des „Vorwärts" gegen die Parole der Zerreißung des Youngplans unter Berufung auf Lenin und die von ihm in seiner Schrift „Der Kampf gegen die Kinderkrankheiten im Kommunismus" ist vollkommen konterrevolutionär, weil sie die Propaganda des Waffenstillstandes zwischen Proletariat und dem Kapital von vornherein als die gegebene Möglichkeit ins Auge fassen. Gerade dieser Waffenstillstand hat in Rußland zur heutigen kapitalistischen Entwicklung geführt. Dieser Waffenstillstand ist nur eine Form der Koalition mit dem internationalen Kapital. Zu einem solchen Abkommen wird sich das internationale Kapital nur dann verstehen, wenn es eine Garantie in der Entwicklung des Vertragsgegners zur Rückkehr zum Kapitalismus erblickt. Ein offener Rückzug der Revolution kommt als einzige Möglichkeit in dem Fall in Frage, wenn die proletarischen Kräfte nicht ausreichen, um die Revolution auf internationaler Basis weiterzutreiben. Ein Paktieren mit dem Klassenfeind zerstört alle Quellen der Revolution und nimmt der Bewegung den internationalen Charakter. Es fallen damit auch die Ansätze einer internationalen Klassenideologie. Es entsteht die Ideologie des proletarischen Vaterlandes, die lediglich eine Rückkehr zum Nationalismus bedeutet. Die Frage für das deutsche Proletariat steht nicht für oder gegen den Youngplan, sondern für die Weltrevolution oder gegen die Weltrevolution. Wer sich für den Nationalismus entscheidet, ist gegen die Weltrevolution. Damit ist das Manifest der Kommunistischen Partei als „historisches Dokument" des Verrats an den Interessen der Arbeiterklasse gezeichnet. In dem Ausweg des Nationalismus zeigt sich der konterrevolutionäre Charakter des Leninismus.

Zum 14. September!

Wählt nicht!

Proletarier! Klassengenossen!

Die Wahlen zum Reichstag stehen bevor. Die Parteien unterbreiten euch ihre Geschäftsofferten. Sie fordern euch alle auf, ihre Firma zu wählen. Wir sagen euch dies:

Ihr dürft nicht wählen!

Ihr dürft nicht wählen, denn parlamentarische Betätigung bedeutet Verurteilung der Massen zur Untätigkeit.

Ihr dürft nicht wählen, denn das Parlament ist eine Zuchtanstalt für „sogenannte" Führer, und Führerpolitik heißt Politik egoistischer Interessen, heißt Unternehmerpolitik, heißt Schieberpolitik.

Ihr dürft nicht wählen, denn Züchtung sogenannter Parlamentarier bedeutet Züchtung des Autoritätsdusels.

Ihr dürft nicht wählen, denn Parlamentarismus heißt Verbindung von Politik und Geschäft, heißt Wählerfang durch Skrupellosigkeit und Lüge, heißt Vergiftung des öffentlichen Lebens, Verpestung aller Moral durch politischen Gimpelfang.

Ihr dürft nicht wählen, denn der Parlamentarismus ist politische Arbeitsgemeinschaft mit dem Kapital, bedeutet Stützung des Kapitals und damit Mithilfe am Aufbau der kapitalistischen Wirtschaft.

Ihr dürft nicht wählen, denn es ist Selbstmord, einem Parlament, das nur noch ein Büro der Kapitalisten sein kann, auch nur den Schein der Existenzberechtigung zu geben.

Ihr dürft nicht wählen, denn Arbeit im Parlament zwingt zur Kompromisselei, zur Hinwendung zum Reformismus, zum Aufgeben revolutionärer Ziele.

Ihr dürft nicht wählen, denn alle Hoffnung auf Legalität ist Illusion; was dort gesagt werden kann, wird besser den Massen in den Betrieben gesagt.

Ihr dürft nicht wählen, denn Wahlagitation unter der Parole: Hinein ins Parlament, um dort die Wertlosigkeit des Parlaments zu beweisen, ist blödes Geschwätz und wirkt auf die Massen verwirrend.

Ihr dürft nicht wählen, denn dadurch wird die Illusion erweckt, als käme man durch parlamentarische Betätigung zum Kommunismus.

Ihr dürft nicht wählen, denn Parlamentarismus heißt Gegensätze verkleistern, Gegensätze verkleistern heißt den Endkampf zwischen Kapital und Arbeit hinausschieben, heißt Not und Elend verlängern.

Ihr dürft nicht wählen, denn Parlamentarismus ist eine Angelegenheit von Parlamentariern, die Angelegenheit des Proletariats ist aber die Revolution.

Darum nochmals:

Proletarier! Klassengenossen!

Wählt nicht!

Wahlkampf heißt Kampf gegen Wahlbeteiligung.

Stellt der kapitalistischen Politik entgegen **eure, die proletarische Politik.**

Stellt den kapitalistischen Methoden entgegen **eure, die proletarischen Methoden.**

Eure Angelegenheit sind die revolutionären Räte!

Im Betrieb ist die Macht des Kapitals, vom Betrieb aus müßt ihr es bekämpfen.

Zum Teufel mit dem Parlamentarismus, denn das ist **Opportunismus, Reformismus und Führerschwindel.**

Stellt alles ein auf Angriff, Aktivität, Kampf und proletarische Klassensolidarität und vereinigt in den Schlachtruf der proletarischen Revolution:

Nieder mit dem bürgerlichen Parlament!

Alle Macht den Räten!

Politische Rundschau

Duell: Braun und Brüning

Die Schlacht der Kämpfer um die „Interessen des Volkes" erlebt jetzt seinen Höhepunkt. Und in sozialdemokratischen Wahlflugblättern ist zu lesen, daß es jetzt darauf ankommt, eine starke sozialdemokratische Fraktion zustandzubringen, um im neuen Reichstag die Anschläge der „sozialen Reaktion" auf die Arbeiterklasse abzuwehren. Ja — die sozialdemokratische Wahldemagogie reicht sogar so weit, davon zu faseln, daß die SPD. die Partei des Proletariats ist zur Befreiung der Arbeiterklasse von der Lohnknechtschaft des Kapitals. Aber dieses Geschreibsel ist nur für die bestimmt, die Theorie und Praxis der SPD. nicht unterscheiden können. Die größte Sorge des „Vorwärts" ist bereits die neue Regierungsbildung. Und man schachert heute schon mit dem Zentrum über eine Koalition. Es gehört nun einmal zum parlamentarischen Geschick aller „Volksvertreter", jeder Frage eine Gegenfrage entgegenzusetzen. In einem sozialdemokratischen Flugblatt heißt es z. B.:

„Doch mit den Aermsten unsrer Armen,
Da kennt Herr Brüning kein Erbarmen."

Herr Otto Braun, der preußische Ministerpräsident, hatte dem Jesuiten Brüning die Frage vorgelegt, ob er sich der Erklärung des Volkskonservativen Treviranus anschließe, der zum Ausdruck brachte, daß die Regierung es ablehne, die Hilfe der SPD. in Anspruch zu nehmen. Brüning fragte daraufhin Braun, ob die SPD. die Möglichkeit sehe, mit einem Manne zusammenzuarbeiten, der mit den Aermsten der Armen kein Erbarmen habe. Aber Braun wußte sich zu helfen und erklärte, daß er seine Stellungnahme zum Zentrum und der Zusammenarbeit mit ihm nicht abhängig mache von einer **gereimten Flugblattfloskel.** Also, damit wollte er sagen, daß die Dinge im Flugblatt gar nicht ernst gemeint seien, sie sind eben nach altem Brauch der Wahltrick, um Dumme zu fangen.

In einer Hamburger Wahlversammlung der SPD., über die der „Vorwärts" in großer Aufmachung berichtete, ließ Otto Braun dem Kanzler Brüning gegenüber keinen Zweifel, worauf es der SPD. ankommt. Und dies ist nichts weiter, als daß die SPD. die Staatsnotwendigkeiten immer begriffen habe, daß sie sich der Bourgeoisie zur Verfügung stellte, wenn ihre Herrschaft bedroht war. „**Nach dem Kriegszusammenbruch, beim Kapp-Putsch, in der Inflation und als es galt, die Younggesetze durchzuführen und die Befreiung des Rheinlandes herbeizuführen** — in allen diesen kritischen und entscheidenden Situationen hat die Sozialdemokratie die Verantwortung mit übernommen."

Und er läßt auch keinen Zweifel über die Aufgaben der neuen Regierung, wenn die Sozialdemokratie an ihr beteiligt ist. Braun erklärte deshalb: „**Wir werden nach der Wahl vor schwierigen Aufgaben stehen und vielleicht vieles auf uns nehmen müssen, was uns nicht gerade angenehm ist. Aber die großen Probleme unserer Wirtschaft und Politik sind nur zu lösen, wenn alle Schichten der Bevölkerung bereit sind, Opfer auf sich zu nehmen.**"

Damit zerschlägt Braun selbst alle Wahldemagogie der SPD. und verkündet, daß auch die Arbeiterklasse Opfer bringen muß zur Lösung der „schwierigen Frage der Wirtschaft". Dieses Flehen und Bitten um Wiederaufnahme in die Regierung hat noch den großen Zweck, um zu verhüten, wenn das nicht geschieht, daß der Hort der SPD., die Preußenkoalition, eventuell in die Binsen geht. Wie die Dinge sich auch gestalten werden: sollte auch diesmal die Bourgeoisie der SPD den Fußtritt geben, so wird man sie jedoch rufen, wenn die Arbeiterklasse durch die Verschärfung der Wirtschaftskrise rüttelt an den Grundlagen der kapitalistischen Ordnung. Und sie wird dann liebevoll auf den Pfiff reagieren.

Was kostet der Wahlrummel?

Zur Benebelung der Wähler wirft die Bourgeoisie und die am Wahlrummel beteiligten Parteien ungeheure Summen von Geldern aus. Bei den Maiwahlen 1928 wurden zu ihrer Durchführung vom Reiche 1 582 000 Mark aufgewandt. Die Kosten der jetzt auf der Tagesordnung stehenden Wahlen, die aus öffentlichen Mitteln aufzubringen sind, schätzt man auf 2 350 000 Mark. Enorm sind auch die Summen, die darüber hinaus von Parteien und Verbänden geopfert werden. Im letzten Reichstag hat man die Wahlkosten der Parteien pro Abgeordneten im Durchschnitt auf 40 000 Mark veranschlagt. Dabei sind aber die Ausgaben für Wahlpropaganda durch die den Parteien nahestehenden und befreundeten Organisationen, wie z. B. die freien Gewerkschaften, die nationalistischen Vereine und die Unternehmerverbände usw. noch nicht eingerechnet. Die Sozialdemokratie hatte damals allein 2 500 000 Mark Wahlgelder aufgebracht. Die Gesamtaufbringung seitens der Wahlinteressenten für die Wahl der 490 Reichstagsabgeordneten vom 20. Mai 1928 wird auf **25 bis 30 Millionen Mark** geschätzt.

Während auf der einen Seite das Geschrei von „finanzieller Notlage" durch die Gassen schallt, wirft man auf der anderen Seite Millionen für eine derartige Komödie aus. Aber der Zweck heiligt die Mittel, das ist schließlich der Gedanke der Bourgeoisie und der parlamentarischen Pfründenjäger dabei

Genossen, werbt für Eure Presse

Waffen — Waffen!

(Aus dem Roman „Anna" von Iwan Olbracht — erschienen im Internationalen Arbeiter-Verlag, Berlin C 25 — bringen wir nachstehendes Kapitel zum Abdruck.)

Der Vorsitzende erhob sich:

„Genosse", sagte er ernst und streng. Aber er konnte nicht zu Ende sprechen. Das Geschrei übertönte seine Stimme:

„Er soll sprechen — sprechen — sprechen —, laßt ihn reden."

Es entstand Verwirrung. Die Zuhörer erhoben sich von den Plätzen, der Vorsitzende rief irgendetwas. Vom Tisch bei der Bühne, wo eine Anzahl Abgeordneter saß, stand einer auf und betrachtete die Menge mit kalten Blicken, offensichtlich, um die Stärke der Opposition abzuwägen.

„Ruhe", brüllte irgendwer mit ungeheurer Stimme aus der Mitte des Saales, aber niemand hörte ihm zu.

„Er soll reden, er hat recht, er soll reden!" schrie eine Arbeiterin mit grauen Haaren, und auf ihren Wangen bildeten sich rote Flecke.

„Reden — reden", brüllte es wild im Saal. Die Mehrzahl der Zuhörer war bereits aufgestanden. Aus dem Tumult kristallisierten sich Gruppen. Es war klar, daß es hier zwei Lager gab, Faust gegen Faust, daß die Einheit der Partei, um die sie alle so besorgt waren, nicht mehr bestand, und das erfüllte die einen gegen die anderen mit Wut.

Sie standen gegeneinander — Köpfe und Augen. Sie schrien gegeneinander von Tisch zu Tisch und versuchten, näher aneinander heranzukommen.

Auf der linken Seite des Saales sprang ein junger Mann auf einen Stuhl und schrie, gelb im Gesicht:

„Ruhe, Ruhe!" Aber er verstärkte den Lärm nur. Sie zogen ihn vom Stuhl und die Frauen beschimpften ihn.

Der Tisch der Abgeordneten war von einer Mauer von Leibern umgeben. Man schrie und schob durcheinander. An der Bühnenrampe zwängten sich einige Männer durch. Hier war das dichtiste Gedränge, Leib an Leib, und immer neue drängten heran, welche die in der Nähe sitzenden Menschen gegen die Tische schoben, ohne deren Proteste und das Geschrei der Weiber zu beachten. Der Haufen fuchtelte mit den Händen zum Vorstandstisch herauf und schrie:

„Laßt ihn reden. Wir erlauben nicht, daß er ihm das Wort entzieht. Wir wollen nur ihn hören. Euch haben wir schon hundertmal gehört."

Der Vorsitzende sagte Plecity irgend etwas, aber der winkte bloß mit der Hand ab, als ob es gar nicht lohnte, zu antworten.

Anna verfolgte dies alles, sie war unsagbar erregt. Auch sie wollte sich für eine Partei entscheiden, für die, zu der auch Toni sich bekannt hatte. Andererseits aber auch für die Partei, die gegen Plecity war. Sie haßte ihn. Warum stiftete er überall Unfrieden, wo er hinkam.

Hinten, ganz im Winkel, saß Kerekes Sandor. Der Schweiß der Lungenkranken perlte ihm von der Stirn, und seine Augen leuchteten.

An der rechten Wand stand der junge Jandak und vergaß ganz, Annas Augen zu suchen, die er vorher schon für eine Sekunde gefunden hatte.

Toni war vorn beim Haufen an der Rampe. Der Saal brüllte und tobte.

Jetzt kam Plecity an den Rand der Rampe. Er rief irgend etwas. Man sah nur den sich bewegenden Mund, von den Worten war nichts zu verstehen. Er hatte die Arme ausgebreitet, und dirigierte die Menge vor der Bühne mit seinen Handbewegungen in den hinteren Teil des Saales. Der Haufen strömte zurück und verzog sich.

Man konnte also annehmen, daß die Versammlungsleitung gezwungen sein würde, zurückzutreten, und daß der Redner sprechen würde. Ein Siegeslachen erscholl.

Ein paar junge Menschen klatschten, und dann begann der ganze Saal zu klatschen und zu jubeln. Auf der Bühne stand der Rotarmist und gab mit erhobener Hand das Zeichen, daß er fortfahren wolle. Der Sturm ebbte ab, und die Tische an der Bühne wurden zurechtgerückt. Eine Frau, deren Kleider man begossen hatte, trocknete sie mit einem Taschentuch ab und warf wütende Blicke auf die Menge.

Plecity sprach:

„Wenn ihr keine Waffen habt, müßt ihr zugrunde gehen. Die Bourgeoisie hat auch Waffen. Wenn ihr dem Bürgertum gestattet, früher zu kommen als ihr, ist euer Schicksal besiegelt. Es ist möglich, daß ihr umkommt, auch wenn ein jeder bewaffnet ist. Bleibt ihr mit bloßen Händen und unbewaffnet, sterbt ihr sicher. Das Bürgertum kennt keine Sentimentalität."

Die weiße Narbe in Plecitys schwarzem Schnurrbart zuckte.

„Denkt ihr wirklich, daß es in diesem Lande ohne Sterben gehen wird? Glaubt das nicht. Humanität ist bürgerlicher Betrug. Vielleicht ohne Blut, ohne Sterben bestimmt nicht. Vielleicht gebt ihr dem Tod durch Lungenschwindsucht den Vorzug vor dem Kampf auf der Straße. Es ist möglich, daß ihr eure Kinder lieber an Skrofulose oder englischer Krankheit sterben laßt, als daß ihr sie der Gefahr aussetzt, den Vater zu verlieren. Aber vergeßt eines nicht, dieses Land kann uns bei dem heutigen System der Erzeugung und Verteilung nicht alle ernähren, und ihr habt keine Möglichkeit zur Auswanderung. Ihr seht selbst, wie Arbeitslosigkeit und Not wachsen. Ihr werdet vor Hunger sterben"

Der rote Soldat bückte sich wie zum Sprunge. Seine Augen leuchteten:

„Versteht ihr, was das für die ganze Welt, für die Arbeiterklassen und für jeden einzelnen von uns bedeuten würde, wenn die Zehntausende, die schon heute zum Tode verurteilt sind, aber noch leben, wenn diese Zehntausende begreifen wollten, wenn sie sich erheben und zuschlagen würden. Wenn ein Bürger mit durchlöchertem Kopf an der Mauer liegt, sieht dies die ganze Welt, und die Zeitungen in allen Teilen der Erde heulen vor Schreck. Euer Sterben interessiert keinen Menschen. Ihr könnt zu Millionen auf den Schlachtfeldern, zu Tausenden in den Bergwerken, in den Eisenwerken, auf Operationstischen in den Krankenhäusern sterben, und kein Hahn kräht danach. Den toten Arbeiter bemerkt man nur, wenn er im Straßenkampf vom Polizeirevolver niedergeknallt wurde, aber nicht, weil er gestorben ist, sondern weil er kämpfte. Dann ist das Bürgertum voll gerechten Zorns gegen die verantwortlichen Hetzer, die das arme, verführte Volk gegen die Polizeirevolver jagten. Ach, dieses gute bürgerliche Herz! Sie ertragen den Anblick nicht, weil er den Auslandskredit stört, und weil ihnen viel lieber ist, wenn ihr unauffällig sterbt und man euch in Holzsärgen auf die Friedhöfe hinausschafft. Aber gerade diese paar Revolutionäre, die in den Straßen fallen, eben diese befreiten das Leben von Millionen.

„Waffen," schrie er leidenschaftlich, „wenn ihr Waffen habt, ist es möglich, daß ihr nicht siegt? Seht euch an, wie viele ihr seid, und wie wenige sie sind. Ein Tigersprung, und ihr habt die Macht in den Händen. Ihr enteignet die Reichen, bestraft die Verräter und richtet euch Leben und Wirtschaft so ein, wie es euch, nur euch gefällt. Dann wird, wer arbeitet, der Herr sein, und wer nicht arbeitet, wird auch nicht essen. Noch ist es Zeit, aber nicht mehr lange. Die Bourgeoisie baut sich mit Hilfe eurer Führer neue Positionen. Der Bau ist noch nicht zu Ende und noch ist es Zeit; wenn ihr ihnen Zeit laßt, sich zu befestigen, während sie euch umbringen."

Im Saal war gespannte Stimmung, eine andere Stille als während der Rede Tonis. Es war nicht der einige, kraftvolle Strom menschlicher Blicke, die im Auge des Redners zusammenliefen und in einem neuen Strom von Kraft wegstrebten. Das waren Ausbrüche, Blitze, die von Auge zu Auge gingen, sich kreuzten und schlugen. Es war eine neue Kraft, ein neuer Mensch, der nicht einer von ihnen war. Er zeichnete Bilder, die durch ihre Schönheit und ihre Schrecklichkeit furchterweckend waren.

„Kampf", nur im Kampf liegt euer Hoffen. Dazu braucht es zweierlei, zuerst Waffen und dann die verjagen, die euch zurückhalten und den Kampf unterbinden, die euch einschläfern. Jagt sie davon."

Und er nannte einige Namen von Arbeiterführern.

Die ungarische Niederlage

Aus Oesterreich wird uns geschrieben:

Ein ziemlich seltenes Bild ist zu gewahren: „Arbeiter-Zeitung" und „Rote Fahne" stehen Schulter an Schulter und trompeten von einem großen Sieg der Budapester Arbeiter am 1. September. Wenn der Rabbi und der Mönch sich einig sind, dann kann man sicher sein, daß sie sich im Kot gefunden haben. Am 1. September sollte in Budapest eine Demonstration um Brot und Arbeit stattfinden. Horthy hat den Aufmarsch zuerst verboten, nachher hat er ihn erlaubt, eine Masse von 200 000 Proletariern durchflutete die Stadt. Ungarn ist ein „Agrarland", was die Bonzen immer besonders hervorheben, um damit anzudeuten, daß in einem solchen Lande eine Arbeitererhebung von vornherein eine aussichtslose Sache ist. Das ist natürlich der dreckigste Schwindel; denn die Vergangenheit zeitigt, daß auch das Landproletariat verstand, revolutionäre Tatkraft zu entwickeln.

Gerade in den Agrarländern Ungarn und Bayern hat 1919 die Rätediktatur bestanden, und von den Arbeiterführern der Industrieländer, von den Meuchelmördern der Revolution Ebert und Scheidemann, Renner und Bauer, sind die Räterepubliken unterminiert und gestürzt worden. Jedenfalls bedeuten für ein faschistisches Agrarland 200 000 Proletarier, die sich zum Kampf erheben, um so mehr. Der Kampf ist damit ausgegangen, daß einige Polizisten angeblich leicht verletzt wurden und 350 (nach anderen Quellen 500) Arbeiter von Kugeln und Säbelhieben niedergestreckt in den Spitälern liegen. Dieser 15. Juli, den die Budapester Arbeiter hier erlebt haben, wird von den Berufsdemagogen als ein Sieg gefeiert, als der Beginn einer neuen Aera des Klassenkampfes in Ungarn. Der Sozialdemokrat Peyer, der vor elf Jahren den Dolchstoß gegen die Räterepublik geführt hat, erklärt, daß die Arbeiterklasse nun wieder zu einem politischen Faktor im Lande geworden ist! Nach der Ansicht der Sozialdemokraten besteht der Sieg darin, daß die Demonstration stattgefunden hat, nach der Meinung der Kommunisten besteht er aber darin, daß es kein friedlicher Spaziergang geworden war, sondern ein Kampf. Wer im Kampf **siegt** und wer die Opfer hat, darauf kommt es für die Kommunisten überhaupt nicht an; im Gegenteil scheint die höchste kommunistische Tugend darin zu bestehen, sich möglichst oft und möglichst schwer schlagen zu lassen. Dieser orthodoxe Masochismus und Leninismus macht sich in der ganzen Komintern breit — man muß sich jedenfalls merken: sozialdemokratische Siege bestehen darin, daß man spazieren geht, kommunistische Siege aber darin, daß man blutig niedergeschlagen wird. Hat man sich dieses Schema eingeprägt, so wird man sich nicht mehr darüber wundern, daß Zehntausende Proletarier freiwillig zum Faschismus überlaufen.

Wieder entsteht die Frage, wer mehr stinkt, der Rabbi oder der Mönch? Der Rabbi spricht wenigstens nicht von Kampf, er sagt offen, daß er nur einen Spaziergang machen will, der kommunistische Mönch aber hetzt wirklich zum Kampf, ohne einem einzigen Arbeiter ein Gewehr in die Hand zu geben, ohne im leisesten den Kampf vorzubereiten, er faselt von Kampf, wenn der Aufmarschplan die Masse in der inneren Stadt zusammenstopft, wo sie von vornherein wehrlos ist und von der Staatsbestie nach Belieben massakriert werden kann. Daß heute jeder Kampf auf Biegen oder Brechen geht, daß die Bourgeoisie nur darauf wartet, das Blut des Proletariats verspritzen zu können, daß man r ü s t e n muß, bevor man kämpfen kann, daß vor allem durchgreifende revolutionäre Aufklärung der ahnungslosen Masse notwendig ist, daß die Arbeiter in die Geheimnisse der modernen Kriegstechnik eindringen und sie sich zu eigen machen müssen, wenn nicht immer wieder Hekatomben von Schlachtopfern nutzlos fallen sollen — das verschweigen sie beide, der Rabbi und der Mönch. Sie krähen „Sieg!", wenn wieder ein paar Hektoliter Arbeiterblut geflossen sind mit den Folgen der Demoralisation und Verzweiflung. Und sie haben recht, denn solange das Proletariat ihre Rolle nicht erkennt, die dazu angetan ist, die Bourgeoisie und ihre Herrschaft zu erhalten, sind s i e die „Sieger".

Die Säge in der KPD.

Von 52 Abgeordneten 24 abgesägt.

In „Gegen den Strom", Organ der Brandler-Opposition, ist zu lesen: „Von den 52 Abgeordneten, die die KPD. im letzten Reichstag hatte, werden von dem ZK. 24 nicht mehr aufgestellt. Es sind unter anderem die Versöhnler Ewert, Alexander und Ende; Hanz Pfeiffer und Dengel kommen unter die Säge, weil sie während des Wittorf-Skandals es gewagt hatten, gegen die Korruption Thälmanns aufzutreten; Martha Arendsee und Maslowsky fallen Intrigen zum Opfer, offenbar weil sie Spezialkenntnisse auf dem Gebiet der Sozialpolitik und der Kulturpolitik haben, — Kenntnisse sind bekanntlich eine „rechte Abweichung". Dagegen zieren Leow und Heinz Neumann die kommunistischen Listen. Das sind die „Arbeiter aus dem Betrieb", die das ZK den Arbeitern zu präsentieren wagte: Leow, der sich überall sagen läßt, daß er ein käuflicher Lump sei, und Heinz Neumann, der 1928 von durchaus linientreuen Parteigenossen als Reichstagskandidat mit der Begründung abgelehnt wurde, daß man sich schämen müsse, ein solches Subjekt in der Partei zu haben. Die Kandidaten der Partei wurden durchweg von oben bestimmt, die Mitglieder hatten nichts mitzureden."

Diese Aufdeckung der Brandlerianer ist natürlich nichts Außergewöhnliches. Der Umstand, daß nicht weniger wie nahezu 50 Prozent der Abgeordneten von ihrem Sockel gestürzt wurden, zeigt eben immer wieder, wer gegen den Stachel lökt, die jeweilige „Linie" nicht bedingungslos einhält, in den Orkus geworfen wird.

Ein vernichtendes Urteil über die SPD.

„Eine Ausbreitung der Weltrevolution über ganz Europa schien im Winter 1918/19 nicht unwahrscheinlich. In allen Ländern, bei Siegern wie Besiegten, waren Vorstellungen lebendig, die den autoritären Kapitalismus und den Krieg als untrennbare Einheit betrachteten und in dem Geläute, das den Einzug des Friedens begrüßte, die Totenglocken des Kapitalismus zu hören vermeinte. Der Siegeslauf dieser Bewegung ist in Deutschland von der deutschen Sozialdemokratie aufgehalten worden. Die Grenze der westeuropäischen kapitalistischen Zivilisation ist damals nicht von den alliierten Hilfstruppen, die in Rußland einfielen, sondern von den deutschen Gewerkschaften verteidigt worden.

Wer sagt das? Ein bürgerlicher Wirtschaftslehrer mit Namen Bonn, und zwar in der demokratischen „Frankfurter Zeitung". So wird selbst vom Bürgertum treffend charakterisiert die bodenlose Heuchelei der Sozialdemokratie und Gewerkschaften, die jetzt jeden Tag in den Spalten ihrer Presse vorgeben, gegen den Kapitalismus zu kämpfen. Bonn fügt noch hinzu, daß für SPD. sowohl wie Gewerkschaften der Sozialismus nur noch als Aushängeschild dient an Feiertagen und zu Wahlzeiten. Arbeiter! Erkennt dies. Quittiert am 14. September gegenüber diesem Geschmeiß mit der Sabotage ihrer Bauernfängerei. Eure Klassenzugehörigkeit als Arbeiter verlangt es, daß ihr darüber hinaus diese Brutstätten der Konterrevolution verläßt. Schafft eure eigenen Organisationen im Betriebe und auf den Stempelstellen, um mit diesem Schwert einst die kapitalistische Ordnung und ihre Wächter ausrotten zu können, mit Stumpf und Stiel, das erfordert die Stunde des Tages.

Parlamentarismus und Klassenkampf

Wir bringen hiermit einen Ausschnitt aus der Broschüre von Anton Pannekoek, Weltrevolution und kommunistische Taktik, zur Frage des Parlamentarismus. Wenngleich die Dinge vom Genossen Pannekoek im Jahre 1920 geschrieben wurden, hat die Entwicklung der nachrevolutionären Zeit bis heute ihre Richtigkeit bewiesen.

Der Parlamentarismus und die Gewerkschaftsbewegung waren die beiden hautsächlichsten Kampfformen in dem Zeitalter der zweiten Internationale.

Die erste internationale Arbeiterassoziation hat auf ihren Kongressen die Grundlagen zu dieser Taktik gelegt, in dem sie (entsprechend der Marxschen Gesellschaftslehre) gegenüber den primitiven Anschauungen aus vorkapitalistischer, kleinbürgerlicher Zeit den Charakter des proletarischen Klassenkampfes als ununterbrochenen Kampf gegen den Kapitalismus um die Lebensbedingungen des Proletariats bis zur Eroberung der politischen Gewalt bestimmte. Als das Zeitalter der bürgerlichen Revolutionen und bewaffneten Aufstände abgeschlossen war, konnte dieser politische Kampf nur im Rahmen der alten oder neu entstandenen Nationalstaaten geführt werden, der gewerkschaftliche oft noch in engerem Rahmen. Daher mußte die erste Internationale auseinanderfallen; und der Kampf um die neue Taktik, die von ihr selbst nicht durchzuführen war, sprengte sie, während in dem Anarchismus die Tradition der alten Anschauungen und Kampfmethoden lebendig blieb. Als Erbschaft hinterließ sie die neue Taktik denjenigen, die sie praktisch durchführen mußten, den überall entstehenden sozialdemokratischen Parteien mit den Gewerkschaften. Als aus ihnen die zweite Internationale als lose Förderation entstand, hatte sie sich zwar noch in dem Anarchismus mit der Tradition der vorigen Periode auseinanderzusetzen; aber das Vermächtnis der Ersten Internationale bildete schon ihren selbstverständlichen taktischen Boden.

Jeder Kommunist kennt heute die Gründe, weshalb diese Kampfmethoden während jener Zeit notwendig und nützlich waren. Wenn die Arbeiterklasse mit dem Kapitalismus emporkommt, ist sie noch nicht imstande und kann nicht einmal den Gedanken fassen, die Organe zu schaffen, durch die sie die Gesellschaft beherrschen und regeln könnte. Sie muß sich zuerst geistig zurechtfinden und den Kapitalismus und seine Klassenherrschaft begreifen lernen. Ihre Vorhut, die sozialdemokratische Partei, muß durch ihre Propaganda das Wesen der Regierung enthüllen und durch das Aufstellen der Klassenforderungen den Massen ihre Ziele zeigen. Dazu war es notwendig, daß ihre Wortführer in die Parlamente, die Zentren der Bourgeoisieherrschaft, eindrangen, dort ihre Stimme erhoben, und sich an den politischen Parteikämpfen beteiligten.

Die Doppelzüngigkeit der KPD. seit dem Beginn ihrer Parlamentstätigkeit wird von Stufe zu Stufe bis zur jämmerlichen Konkurrenz der Noske-Sozialdemokratie jedem Arbeiter klar und offen dargelegt in der Broschüre:

Die KPD. im eigenen Spiegel

176 Seiten. — Broschiert 0,75 Mk., gebunden 1,75 Mk.

Zu beziehen durch den Verlag

Buchhandlung für Arbeiterliteratur,
Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.

Anders wird es, wenn der Kampf des Proletariats in ein revolutionäres Stadium tritt. Wir reden hier nicht über die Frage, weshalb der Parlamentarismus als Regierungssystem nicht zur Selbstregierung der Massen taugt und dem Sowjetsystem weichen muß, sondern über die Benutzung des Parlamentarismus als Kampfmittel für das Proletariat. Als solche ist der Parlamentarismus die typische Form des Kampfes mittels Führer, wobei die Massen selbst eine untergeordnete Rolle spielen. Seine Praxis besteht darin, daß Abgeordnete, einzelne Personen, den wesentlichen Kampf führen; es muß dies daher bei den Massen die Illusion wecken, daß andere den Kampf für sie führen können. Früher war es der Glauben, die Führer könnten für die Arbeiter wichtige Reformen im Parlament erzielen, oder gar trat die Illusion auf, die Palamentarier könnten durch Gesetzbeschlüsse die Umwälzung zum Sozialismus durchführen. Heute, da der Parlamentarismus bescheidener auftritt, hört man als Argument, im Parlament könnten die Abgeordneten großes für die Propaganda des Kommunismus leisten*). Immer fällt dabei das Hauptgewicht auf die Führer und es ist selbstverständlich dabei, daß Fachleute die Politik bestimmen — sei es auch in der demokratischen Verkleidung der Kongreßdiskussionen und Resolutionen —; die Geschichte der Sozialdemokratie ist eine Kette vergeblicher Bemühungen, die Mitglieder selbst ihre Politik bestimmen zu lassen. Wo das Proletariat parlamentarisch kämpft, ist das alles unvermeidlich, solange die Massen noch keine Organe der Selbstaktionen geschaffen haben, also, wo die Revolution noch kommen muß. Sobald die Massen selbst auftreten, handeln und dadurch bestimmen können, werden die Nachteile des Parlamentarismus überwiegen.

Das Problem der Taktik ist — wir führten es oben aus — wie in der proletarischen Masse die traditionelle bürgerliche Denkweise auszurotten ist, die ihre Kraft lähmt; alles, was die überlieferte Anschauung neu stärkt, ist von Uebel. Der zäheste, festeste Teil dieser Denkweise ist ihre Unselbständigkeit Führern gegenüber, denen sie die Entscheidungen allgemeiner Fragen, die Leitung ihrer Klassenangelegenheiten überläßt. Der Parlamentarismus hat die unvermeidliche Tendenz, die eigene, zur Revolution notwendige Aktivität der Massen zu hemmen. Mögen da schöne Reden zur Weckung der revolutionären Tat gehalten werden, so entspricht das revolutionäre Handeln nicht solchen Worten, sondern nur der harten, schweren Notwendigkeit, wenn keine andere Wahl mehr bleibt.

Die Revolution erfordert auch noch etwas mehr als die massale Kampftat, die ein Regierungssystem stürzt, und von der wir wissen, daß sie nicht von Führern bestellt, sondern nur aus dem tiefen Drang der Massen emporspringen kann. Die Revolution erfordert, daß die großen Fragen der gesellschaftlichen Rekonstruktion zur Hand genommen, daß schwierige Entscheidungen getroffen werden, daß das ganze Proletariat in schaffende Bewegung gebracht wird — und das ist nur möglich, wenn zuerst die Vorhut, dann eine immer größere Masse sie selbst zur Hand nimmt, sich selbst dafür verantwortlich weiß, sucht, propagiert, ringt, versucht, nachdenkt, wägt, wagt und durchführt. Aber das ist alles schwer und mühsam; solange daher die Arbeiterklasse glaubt, einen leichteren Weg zu sehen, in dem andere für sie handeln — von einer hohen Tribüne Agitation führen, Entscheidungen treffen, Signale für die Aktion geben, Gesetze machen — wird sie zögern und durch die alten Denkgewohnheiten und die alten Schwächen passiv bleiben.

Während die Bedeutung des Parlamentarismus einerseits das Uebergewicht der Führer über die Massen stärkt, also konterrevolutionär wirkt, hat sie andererseits die Tendenz, diese Führer selbst zu verderben. Wenn persönliche Geschicklichkeit ersetzen muß, was an aktiver Massenkraft fehlt, tritt eine kleinliche Diplomatie auf; die Partei, mag sie mit anderen Absichten hineingegangen sein, muß sich einen legalen Boden, eine parlamentarische Machtstellung zu erwerben suchen; so wird schließlich das Verhältnis zwischen Zweck und Mittel umgekehrt und es dient nicht das Parlament als Mittel zum Kommunismus, sondern der Kommunismus als werbende Losung steht im Dienste der parlamentarischen Politik. Damit bekommt aber auch die Kommunistische Partei selbst einen anderen Charakter. Aus der Vorhut, die die ganze Klasse zum revolutionären Handeln hinter sich sammelt, wird sie zu einer parlamentarischen Partei, mit derselben legalen Position wie die anderen, gleichartig sich mit den anderen herumzankend, eine Neuauflage der alten Sozialdemokratie unter neuen radikalen Losungen. Während im inneren Wesen zwischen der revolutionären Arbeiterklasse und der kommunistischen Partei kein Unterschied besteht, kein Gegensatz denkbar ist, da die Partei gleichsam das zusammengefaßte klarste Klassenbewußtsein des Proletariats und seine wachsende Einheit verkörpert, zerbricht der Parlamentarismus diese Einheit und schafft die Möglichkeit eines solchen Gegensatzes: statt die Klasse zusammenzufassen, wird der Kommunismus eine neue Partei mit eigenen Parteihäuptern, die sich zu den anderen Parteien fügt und so die politische Spaltung des Proletariats verewigt; und die Fälle werden vorkommen, wo die Partei nach Macht strebt, durch Konzessionen, Kompromisse und andere Mittel, die der Macht und Geschlossenheit der Klasse schaden. Alle diese Tendenzen werden zweifellos durch die revolutionäre Entwicklung der Wirtschaft wieder aufgehalten werden; aber auch die ersten Ansätze können der revolutionären Bewegung nur schaden, indem sie die geistige Entwicklung zum klaren Klassenbewußtsein hemmen; und wo die wirtschaftliche Lage zeitweilig in konterrevolutionärer Richtung zurückläuft, wird diese Politik den Weg zur Ablenkung der Revolution ins Fahrwasser der Reaktion bahnen.

Das große, wirklich Kommunistische der russischsen Revolution liegt vor allem darin, daß sie die eigene Aktivität der Massen geweckt hat und eine psychische und physische Energie in ihnen entfachte, die sie befähigte, die neue Gesellschaft zu bauen und zu tragen. Dieses Aufwachen der Massen zu solchem Kraftbewußtsein und zu solcher Kraft geht nicht in einem, sondern in Etappen; eine Etappe auf diesem Wege zur Selbständigkeit und Selbstbefreiung ist die Ablehnung des Parlamentarismus. Als die neu entstandene Kommunistische Partei Deutschlands Dezember 1918, die Boykottierung der Nationalversammlung beschloß, entsprang dies nicht der unreifen Illusion eines leichten, raschen Sieges, sondern dem Bedürfnis, sich aus der geistigen Abhängigkeit von Parlamentsvertretern zu befreien — als Reaktion gegen die sozialdemokratische Tradition notwendig —, da man jetzt den Weg zur eigenen Aktion in dem Aufbau des Rätesystems vor sich sah. Allerdings hat von den damals Vereinigten die eine Hälfte, die in der KPD. Gebliebenen, nach dem Zurückfluten der Revolution den Parlamentarismus wieder adoptiert — mit welchen Folgen, wird sich noch herausstellen, und hat sich zum Teil schon herausgestellt. Auch in anderen Ländern sind die Anschauungen unter den Kommunisten geteilt, und es wollen viele Gruppen sogar vor dem Ausbruch der Revolution den Parlamentarismus nicht anwenden. So wird während der nächsten Zeit der innere Streit über den Parlamentarismus als Kampfmethode voraussichtlich einer der hauptsächlichsten Streitpunkte der Taktik innerhalb der Dritten Internationale sein.

Allerdings sind alle darin miteinander einig: er bildet nur einen untergeordneten Punkt unserer Taktik. Die Zweite Internationale konnte sich soweit entwickeln, bis sie den Kernpunkt der neuen Taktik hervorgehoben und klargestellt hatte: das Proletariat kann den Imperialismus nur besiegen mit der Waffe der Massenaktionen. Selbst konnte sie sie nicht mehr anwenden; sie mußte zugrundegehen, als der Weltkrieg den revolutionären Klassenkampf auf eine internationale Basis stellte. Das Resultat der vorigen war die selbstverständliche Grundlage der neuen Internationale; die Massenaktionen des Proletariats bis zum Massenstreik und zum Bürgerkrieg bildet den gemeinsamen taktischen Boden der Kommunisten. In der parlamentarischen Aktion ist das Proletariat national geteilt und ist ein wirklich internationales Auftreten nicht möglich; in den Massenaktionen gegen das inernationale Kapital fallen die nationalen Trennungen fort und ist jede Bewegung, auf welche Länder sie sich ausbreiten oder beschränken mag, Teil eines gemeinsamen Weltkampfes.

*) In Deutschland wurde neulich der Grund angegeben, die Kommunisten müssen ins Parlament gehen, um die Arbeiter von der Nutzlosigkeit des Parlaments zu überzeugen. Aber man geht doch nicht einen falschen Weg, um anderen zu zeigen, daß er falsch ist, sondern geht lieber sofort den richtigen Weg.

Die Krise des Nationalsozialismus

Im Verlauf des letzten Jahres hat der Nationalfaschismus in Deutschland bedeutende Erfolge erreicht. Die Kommunalwahlen schon im November 1929 signalisierten bereits dessen stürmische Entwicklung. Die letzten Wahlen zum sächsischen Landtag zeigen die Verdreifachung der Wählerstimmen gegenüber der letzten Wahl 1928, also binnen eines Jahres. Zu den jetzigen Reichstagswahlen dürfte es den Nazis gelingen, den alten bürgerlichen Parteien eine beträchtliche Zahl von kleinbürgerlichen und Arbeiterwählern auszuspannen. Auch organisatorisch hat sich der Nationalfaschismus im letzten Jahre bedeutend verstärkt. Die offiziellen Berichte der Nazis sprechen von 230 000—240 000 Parteimitgliedern und von 3000 Ortsgruppen. Wenn auch diese Zahlen sicherlich übertrieben sind, so ist dennoch nicht zu verkennen, daß der Nationalfaschismus, dessen Mitgliedschaft zur Hälfte aus Jugendlichen besteht, auch organisatorisch zu einer Massenpartei geworden ist.

Die schnelle Entwicklung dieser Bewegung ist ein Resultat der wirtschaftlichen Krise in Deutschland, insbesondere des Young-Planes. Die Krise ruiniert im allgemeinen die kleinen Produzenten und die kleinen Eigentümer. (Den größten Erfolg hat der Nationalfaschismus in den Gebieten der fortschreitenden Verelendung der Heimindustrie in Sachsen und Thüringen; in Dutzenden von Kleinstädten des Chemnitzer Bezirks erhöhten die Faschisten die Zahl ihrer Wähler auf das Zehn- bis Fünfzehnfache.) Die Krise wirft Millionen von Arbeitslosen auf die Straße, drückt die Lebenshaltung von Millionen Arbeitern herab (Abbau der Löhne, der Sozialversicherung usw.), belastet die breitesten Massen der Arbeitenden mit neuen Steuern, Zöllen usw.

Die Massen des Kleinbürgertums und die rückständigen Schichten des Proletariats verlassen die alten bürgerlichen Parteien, insbesondere die nationalistischen, teilweise die Sozialdemokratische Partei, und wandern massenweise ins Lager der Faschisten ab, weil er ihnen einen „radikalen revolutionären" Ausweg aus der Lage „weist", weil sich die Sozialdemokratische Partei als die Partei des Young-Planes und des aktiven Helfers der kapitalistischen Offensive entlarvt hat.

Worin besteht der „Radikalismus" des Faschismus? Erstens in der nationalistischen Demagogie. Die Faschisten schufen sich ein politisches Kapital, indem sie als erste eine lärmende Kampagne gegen den Young-Plan aufnahmen und heute noch fortsetzen (ihr Volksbegehren 1929 gegen den Young-Plan erreichte trotz Hindenburgs Gegenerklärung 5,7 Millionen Stimmen). Im Zusammenhang mit der Rheinlandbefreiung führten sie zum Beispiel eine Kampagne gegen das „Märchen" von der Befreiung Deutschlands von der fremden Besatzung. Die Parole ihres angreifenden Nationalismus ist: das Rheinland ist frei, aber ganz Deutschland ist geknechtet. Die Aufpeitschung der nationalistischen Stimmungen durch den systematischen Hinweis, daß Elsaß-Lothringen und das Saargebiet besetzt sind und daß das deutsche Volk sich damit nicht einverstanden erklären kann, die Entlarvung der Regierungsparteien und der Sozialdemokratie als Parteien der Knechtung Deutschlands, die Aufforderung, sich zum Kampf um die Vernichtung des Young-Planes vorzubereiten, der die Ursachen der Leiden und Nöte des deutschen Volkes ist (dadurch wird die Tatsache geschickt verschleiert, daß die entscheidende Ursache das kapitalistische System, die Herrschaft der Bourgeoisie ist), — das ist das Hauptargument der nationalsozialistischen Agitation.

Zweitens führen die Faschisten in ihrer sozialen Demagogie eine Kampagne gegen das Großbanden- und Finanzkapital, indem sie den Massen versprechen, sein Monopol zu vernichten. Sie fordern Unterstützung für die kleinen Warenproduzenten, für die kleinen Eigentümer, sie fordern das Recht jedes Deutschen auf Arbeit, indem sie vorschlagen, Arbeitspflicht für die Arbeitslosen einzuführen und dadurch ihre Existenz zu sichern. Sie führen eine marktschreierische Agitation gegen den Lohnabbau. Eine Zeitlang spielten sie auch mit der Parole des Bündnisses mit Rußland und noch heute mit der Parole des „Kampfes" gegen das Weltfinanzkapital.

Seinen Höhepunkt hatte der Einfluß der Nationalfaschisten in dem Augenblick erreicht, wo die Spaltung in seinen Reihen begann. Die gegenwärtige Krise ist der Anfang seines Zerfalls und illustriert klar die Gegensätze, die der nationalsozialistischen Bewegung zugrunde liegen.

Der Nationalfaschismus ist ein direktes Werkzeug des Großkapitals, er geriert aber mit den Methoden einer zügellosen nationalistischen und sozialen Demagogie, indem er die breitesten Massen des Kleinbürgertums und bestimmte Schichten der Arbeiter, hauptsächlich der Arbeitslosen und Arbeiterjugend, zu sich heranzieht. Der Faschismus konnte die Massen mit seinen antikapitalistischen Parolen einfangen. Die antikapitalistische Agitation ist ein demagogisches Werkzeug des Nationalfaschismus im Interesse des Kapitalismus. Nachdem nun breitere Massen gewonnen sind, muß der Faschismus an die „positive" Arbeit — Faschisierung Deutschlands — herangehen. Die Klassenverhältnisse in Deutschland liegen aber so, daß hier ein faschistischer Weg der Entwicklung von der Art des italienischen oder polnischen Faschismus weniger wahrscheinlich ist. Daher das Bestreben, den Staatsapparat allmählich in die Hände zu bekommen. Daher die „Umstellung" Hitlers, Goebbels: an Stelle der Demagogie mit ihrer prinzipiellen Ablehnung des gegenwärtigen Staates und der „Revolution" — Kurs auf die Koalition, auf die Eroberung des Staatsapparates von innen Die Beteiligung an der Regierung aber bedeutet einen Block mit den alten Parteien des Großkapitals, bedeutet das Zerrinnen der Phrasen von der „Revolution", bedeutet die praktische Mitarbeit an der Erfüllung des Young-Planes, bedeutet die Durchführung des Angriffs gegen die Werktätigen: z. B. der nationalfaschistische Minister Frick führt auch in Thüringen die Negersteuer in Höhe von 6 Mark pro Kopf ein. Daher die große Rebellion in den Massen des Nationalsozialismus.

Die abgespaltene Strassergruppe spekuliert auf die Stimmungen der Massen. Diese Gruppe beschuldigt die Hitlerleute des „Verzichtes" auf die sozialistischen und revolutionären „Ideale" des Verrates an den Prinzipien der NSDAP. (Nationalen Sozialistischen deutschen Arbeiter-Partei) durch die Beteiligung an den Koalitions-Regierungen, der Annäherung an die großkapitalistischen Kreise, der Spekulation auf eine Intervention gegen Sowjetrußland, des Liebäugelns mit dem britischen Imperialismus, der bürgerlichen und bürokratischen Entartung. Es fällt vorläufig noch schwer, den Grad der Krise und die Kräfte der beiden Gruppen zu bestimmen. Der Apparat bleibt im wesentlichen bei Hitler; denn hinter ihm stehen die Geldsäcke. Die Gruppe des ehemaligen Sozialdemokraten Strasser „spielt" vom Standpunkte der Bourgeoisie „mit dem Feuer".

Die Strassergruppe ist die Richtung der „revolutionären Nationalsozialisten", sie ist die gefährlichste. Je weiter, desto mehr wird ihre Rolle darin gipfeln, den Prozeß der Loslösung der Massen vom Nationalfaschismus aufzuhalten; denn sie ruft die „reine" Nationalsozialistische Partei erneut ins Leben, ihre objektive Rolle besteht darin, die Abwanderung der Massen aufzuhalten, den Nationalfaschisten zu helfen, sich ihren Einfluß zu erhalten. Objektiv wird zwischen Hitler und Strasser folgende Arbeitsteilung organisiert: die Hitlers werden an der Faschisierung Deutschlands teilnehmen, indem sie sich an der Regierung beteiligen usw., die Strassers werden als Opposition, als Gegner der Koalition eine marktschreierische Demagogie entfalten.

Es gilt, der Strassergruppe die Maske vom Gesicht zu reißen; denn sie benutzt provokatorisch die Losungen des Sozialismus und der Revolution. Ihr „Liebäugeln" mit Rußland und den Kolonien ist zu entlarven als ein Liebäugeln eines bestimmten Flügels der deutschen Bourgeoisie (der noch schwankt zwischen der Politik der Abmachungen mit Entente und der Politik, die die Gegensätze zwischen dem Imperialismus von England und Frankreich einerseits, Rußland und die Kolonien andererseits ausnützt), denn sie selbst betonen, daß das nationale Interesse das Bündnis mit Rußland und die Unterstützung der kolonialen Revolutionen erforderlich macht, d. h. das Interesse der Bourgeoisie Deutschlands. Die Tatsache, daß die Strassergruppe bedeutend schwächer ist als die Hitlersche, daß die Strassers die Hitlers entlarven, darf auch nicht einen Augenblick die entscheidende Perspektive verhüllen: die Rolle der Strasser als der „linken" Nationalfaschisten, als der schädlichsten faschistischen Agentur der Bourgeoisie.

Unsere Aufgabe ist es, den Arbeitern immer wieder zu beweisen, daß die deutsche Bourgeoisie den Young-Plan angenommen hat, um ihre Klassenberschaft und die Verstärkung der Massenausbeutung zu sichern, den Arbeitern zu zeigen, daß der Young-Plan die Proletarier Deutschlands versklavt, weil die Bourgeoisie alle Lasten auf sie abwälzt. Die Hauptaufgabe aber ist die, den Arbeitern zu beweisen, daß es unmöglich ist, den Youngplan zu vernichten, ohne die Macht der Bourgeoisie zu stürzen, ohne die proletarische Diktatur zu errichten, die den Young-Plan und den Versailler Vertrag in Fetzen zerreißen wird.

Dem Hungerwinter entgegen

4 Millionen Erwerbslose im kommenden Winter.

Das neueste Vierteljahreshefl des Instituts für Konjunkturforschung — einer ausgesprochen kapitalistischen Organisation — berichtet über die gegenwärtige Lage. Wir lesen da folgenden Bericht:

„Mitte August wurden in Deutschland 2,85 Millionen Arbeitslose gezählt. Die übliche Entlastung des Arbeitsmarktes im Frühjahr und Sommer ist bereits Anfang Juni, d. i. fast drei Monate früher als in früheren Jahren, zum Stillstand gekommen. Die mit dem Herbst einsetzende, saisonmäßige Zunahme der Arbeitslosigkeit wird voraussichtlich voll auf dem Arbeitsmarkt lasten.

Bereits seit Juni d. J. ist die Zahl der Arbeitslosen wieder gestiegen, so daß Mitte August schon wieder 2,85 Millionen erreicht waren. **Es ist dies ein Höhepunkt der Arbeitslosigkeit, der bisher in dieser Jahreszeit noch niemals — selbst im Jahre 1926 nicht — zu verzeichnen war. Gegenüber Mitte August 1929 hat sich die Zahl der Arbeitslosen mehr als verdoppelt."**

400 000 bekommen keine Unterstützung.

Das Institut berichtet weiter:

„Die lange Dauer der Depression bringt es mit sich, daß ein wachsender Teil der Erwerbslosen aus den Unterstützungseinrichtungen, deren Unterstützungsdauer begrenzt ist, ausscheidet. Das macht sich zunächst in einer stärkeren Entlastung der Arbeitslosenversicherung bemerkbar, wofür freilich die Belastung der Krisenunterstützung und der Wohlfahrtspflege der Städte zunimmt. **Außerdem steigt die Zahl der nichtunterstützten Erwerbslosen außerordentlich stark.**

Von den 2,77 Millionen Arbeitslosen, die Ende Juli bei den Arbeitsämtern gezählt wurden, sind nur 1,5 Millionen (oder 54 v. H.) Unterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung. In der Krisenunterstützung wurden im gleichen Zeitpunkt 403 000 (oder 15. v. H.), von der Wohlfahrtspflege der Städte — soweit statistisch erfaßt — 420 000 unterstützt. **Rechnet man zu diesen Zahlen noch die Unterstützungsempfänger der Wohlfahrtspflege in den statistisch nicht erfaßten Städten schätzungsweise hinzu, so ergibt sich, daß Ende Juli etwa 400 000 Erwerbslose überhaupt keine Unterstützung bezogen haben.**

Ueber die Lage im kommenden Winter trifft das Institut folgende Voraussage:

„Es muß von jetzt ab bis in den Winter hinein mit einer weiteren Steigerung der Arbeitslosigkeit gerechnet werden. Welchen Umfang dabei die Arbeitslosigkeit annehmen wird, ist nicht genau zu übersehen. Man wird aber kaum fehlgehen, wenn man für Ende Dezember mit einer Gesamtzahl von mehr als 3½ Millionen rechnen muß. Dabei ist nicht einmal abzusehen, daß diese Zahl den winterlichen Höhepunkt darstellen wird, der erst im Januar oder Februar erreicht zu werden pflegt."

Das ist also für das Proletariat eine deutliche Sprache. Aber das Institut für Konjunkturforschung zeigt nicht nur diese Seite der Katastrophe, sondern gibt noch Aufschluß über die Lage der noch in den Tretmühlen des Kapitals Schwitzenden. Nämlich es zeigt auf, daß etwa 10 Millionen Arbeiter zu Löhnen arbeiten müssen, die einfach Bände sprechen. Dasselbe Vierteljahreshefl des Instituts bringt eine Zusammenstellung über das Lohneinkommen der deutschen Arbeiter Hand der Statistik der Invalidenversicherung. Wir verzeichnen folgende Tabelle:

Lohnklasse (Wochenlohn)	Besetzung der Lohnklassen in Prozenten
bis 6 Mark	3,4
über 6 „ 12 „	12,4
„ 12 „ 18 „	16,8
„ 18 „ 24 „	14,8
„ 24 „ 30 „	9,1
„ 30 „ 36 „	7,8
„ 36 „	36,2
	Zusammen: 100

In der Invalidenversicherung sind über 15 Millionen deutsche Arbeiter erfaßt. Nach dieser Statistik erhält demgemäß die Hälfte der versicherten Arbeiter keine 100 Mark Lohn pro Monat. Etwa 8—9 Millionen Arbeiter bekommen einen Wochenlohn von weniger als 30 Mark.

Das ist heute die Lage des Proletariats. Damit aber nicht genug. Das Kapital befindet sich in stetiger Offensive. Abbau der wenigen Hungergroschen in der Arbeitslosenversicherung und Abbau der Löhne, das ist sein Feldgeschrei. Die Lawine des Elends und des Hungers schwillt rapide an. Anstatt daß das Proletariat angesichts einer derartigen Katastrophe handelt, läßt es sich sein Blickfeld durch den Wahlrummel der Bourgeoisie trüben. Doch die Entwicklung der Vernältnisse wird dem Proletariat die Alternative stellen: Untergang in barbarische Zustände oder Sturz dieser Ordnung durch die soziale Revolution, vermittels seiner Aktion von den Betrieben und Stempelstellen aus. Gestützt auf die revolutionären Betriebsorganisationen und die im Prozeß des Kampfes erstehenden revolutionären Räte.

Ueberall Lohnabbau

Wie der Arbeitgeberverband der deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes mitteilt, sind die Lohnschiedssprüche vom 22. August 1930 für die am Manteltarif für das Holzgewerbe beteiligten Bezirke abgelehnt worden mit der Begründung, daß eine Wiederinkraftsetzung der vor dem 1. August 1930 gültig gewesenen tariflichen Ecklöhne, persönlichen Stundenlöhne und Akkordtarife, wie sie die Entscheidung ab 1. September 1930 vorsah, den außerordentlich schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen der Betriebe des holzverarbeitenden Gewerbes in keiner Weise gerecht würden.

Der Verband Berliner Spediteure hat den Lohntarif der Speditionsarbeiter zum 30. September gekündigt. Gleichzeitig wurde der Lohntarif für das Berliner Schwerfuhrgewerbe von der betreffenden Unternehmerorganisation zum 25. September gekündigt. In beiden Fällen kommt es darauf an, einen Lohnabbau zu erzielen.

Gleichzeitig haben auch die Gewaltigen in Berlin, der Verband Berliner Metallindustrieller zum 30. September den Lohntarif gekündigt, und natürlich nur zu dem Zweck, ebenfalls die Löhne zu kürzen.

So kommt eine Berufsgruppe nach der anderen heran. Die Proletarier müssen den hingeworfenen Fehdehandschuh aufgreifen, um ihrerseits durch den Massenkampf die Pläne des Kapitals zu durchkreuzen. Die Voraussetzung dafür ist die Loslösung von der Gewerkschaftsbürokratie und die Aufnahme des Kampfes mit eigenen, selbstgewählten Organen, den Aktionsausschüssen, die nur dem Willen der kämpfenden Arbeiter unterliegen.

Weitere Stillegungen und Entlassungen

Die neue Norddeutsche Vereinigte Elbschiffahrts A.-G. in Hamburg und Dresden beabsichtigt, etwa 400 ihrer Fahrzeuge stillzulegen und die aus etwa 250 Mann bestehende Besatzung zu entlassen. Diese Maßnahme hat nicht zuletzt als Ursache die wachsenden Konzentrationsbestrebungen der Elbschiffahrtsunternehmen.

Die Lithographische Kunstanstalt und Luxuspapierfabrik in Bautzen hat einen erneuten Stillegungsantrag gestellt, der demnächst durchgeführt wird.

Organisatorische Mitteilungen

Groß-Berlin

Versammlungskalender.

3. Bezirk. Jeden Freitag, abends 20 Uhr, im Lokal Gladow, Malplaquetstr. 24.
6. Bezirk. Jeden 2. und 4. Freitag, 20 Uhr, im Lokal Reibe, Gitschinerstraße 88.
14. Bezirk: Jeden Donnerstag, 20 Uhr, bei Neumann, Kirchhofstraße 5.
15. Bezirk. Jeden Freitag, nachm. 17 Uhr, bei Jahnke, Niederschöneweide, Brückenstr. 3.
17. Bezirk. Jeden Freitag, 20 Uhr, bei Worlitzer, Gürtelstr. 38.

•

Nowawes.

Alle Freitag, abends 7.30 Uhr, finden im Lokal von Otto Gebauer, Wallstr. 62, die Funktionärversammlungen der Partei und Union statt

Reich

Halle.

Jeden Freitag, abends 7,30 Uhr, Mitgliederversammlung im Volkspark, Burgstraße.

•

Ortsgruppe München.

Jeden Freitag, abends 7,30 Uhr, finden im Lokal Gambrinus, Sendlinger Straße, öffentliche Diskussionsabende der KAP., RBO. und KAJ. statt.

Proletarier aller Richtungen werden hiermit eingeladen. Die „KAZ." liegt dort ebenfalls aus.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: W. Tietz, Berlin. Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Iszdonat, Berlin O 17.

Bestellzettel

Ich bestelle hiermit die einmal wöchentlich erscheinende „Kommunistische Arbeiter-Zeitung"

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

per Post — frei Haus

Der Bestellzettel ist als Drucksache oder persönlich an die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13, zu senden.

Name:

Ort:

Straße:

11. Jahrg. Nr. 38

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Berlin, 20. September 1930

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7. Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.

Bei Bezug unter Streifband vierteljährlich 2,50 Mark incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,35 und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Viel Lärm um ein Nichts!

Warum wurde eigentlich der Reichstag aufgelöst? Das war doch so, daß die Sozialdemokratie gerissen genug war, sich rechtzeitig aus der Regierung zu stehlen, weil sie sich durch die Durchführung der kapitalistischen Politik in der Zeit der erschütterndsten Krise seit der Inflation so unheilbar hätte kompromittieren müssen, daß ihre Existenz als Partei auf dem Spiele stand. Man muß bedenken, daß die Spekulation auf das Kleinbürgertum keine sichere Basis mehr ist. Die wildgewordenen Kleinbürger jagen Extremen nach. Der „Liberalismus" hat in der Zeit der immer weiter sich auftürmenden Klassengegensätze keinen Boden mehr.

Und doch hängt der Bestand der Sozialdemokratie davon ab, daß durch immer schärfere Ausbeutung und Knebelung der Arbeiterklasse der Kapitalismus gerettet wird. Die Sozialdemokratie mußte also eine Politik machen, die diese Verschärfung der Ausbeutung ermöglicht, sie aber zu gleicher Zeit in die Lage setzt, dagegen „kämpfen" zu können. Man muß sagen, daß sie diese Unterstützung der Brüning-Regierung nicht ungeschickt durchführte. Diese hat mit dem Artikel 48 der „Verfassung" unter diesen Umständen ausgiebige Dresche gegen das Proletariat austeilen können, ohne die „Demokratie" anzutasten. Denn dieses demokratische Schreckensregiment hat Ebert ja ausgezeichnet vorgemacht.

Auch das Kapital hat ein Interesse daran, daß dem „Volk" der Glaube an die Demokratie erhalten bleibt. Deswegen ließ es die Sozialdemokratie für diese Demokratie „kämpfen". Die Durchführung der Wahlen war eine Kraftanstrengung —; aber die offene Herausforderung und Niedermetzelung des Proletariats wäre eine noch größere gewesen, hätte noch mehr Geld gekostet, hätte eine Illusion, die von der Demokratie, noch mehr zerfetzt. Es ist immer vorteilhafter, die Untertanen durch Verdümmbeutelung niederzuhalten als durch Gewehre.

Der Sommer ging so herum, das Schreckensregiment der Bourgeoisie konnte gesetzlich verankert werden. Die Proleten schlugen sich mit Papier um einen Dreck. Jetzt rechnen alle Parteien um den Sieg herum.

Das ist zwar zum lachen, aber nicht zum lachen ist, wie blutig ernst auch der größte Teil des Proletariats mitrechnet. Wo sich in Wirklichkeit — auch rein parlamentarisch gesehen — gar nichts ereignet hat.

Ein großer Teil der „gebildeten Stände" der Bourgeoisie ist verrückt geworden. Der zahme Spießer wurde zum wildgewordenen Spießer. Die „Tageblatt"- und „Vo"-Leser, die Mottenpost- und Ullstein-Ratten sind in Scharen zu Hitler gelaufen, trotzdem man für sie eine funkelnagelneue Partei gebacken hatte: die „Staatspartei". Die Schwerindustrie mit ihrer Deutschen Volkspartei und die Volkskonservativen blieben unter sich, die Deutschnationale Volkspartei, die Agrarier, dürfen von den Gewinnen mitfressen, die aus dem Mark und Hirn der Proleten geschunden werden, haben ihre „Landwirtschaftshilfe" und decken die „Judenregierung" durch „loyale Opposition". Das alles verstehen die Timpel nicht, die nichts haben und nichts bekommen, sie schreien über Verrat und marschieren nach „rechts" auf. Nur die Zentrumspartei hält durch die Macht des pfäffischen Opiums ihre Schafe in in Chloroform.

Die KPD. hat der SPD. die Wähler abgenommen, die von der Arbeitslosigkeit erwischt wurden. Die haben in der „Roten Fahne", der „Welt am Abend" usw. gelesen, wie sich die Scheidemann, die Wissell und Severing gesundgestoßen haben, und dann haben sie KPD. gewählt. Vor Wut.

Und nun jammern alle Parteien, die die Demokratie zu retten vorgeben. Was soll nun werden?

Es „wird" gar nichts. Braun, der Obergauner der SPD., der durch alle Schaumschlägereien hindurch „sein" Preußenkabinett schaukelte, sagt, daß es keinen anderen Ausweg gäbe, als die „Regierung der Vernünftigen". Wer gehört nun zu diesen „Vernünftigen"? Natürlich die SPD.! Sie wird ihre „Bereitschaft", die „Interessen der Partei" über die des „Volkes" zu stellen, noch stärker betonen. Sie wird doch nicht durch eine „verantwortungslose" Opposition die Mitte in die Arme Hitlers treiben! Deswegen wird man nicht so „unvernünftig" sein, das „Reformwerk" der Brüning-Regierung in Gefahr zu bringen. Man wird durchführen, was die Vorkämpfer der neuen großen Koalition begonnen haben. Man darf doch den Koalitionspartner nicht vor den Kopf stoßen. Man wird sich auf dem Boden der „Demokratie" finden, gegen die „faschistische Gefahr".

Und während man über faschistische Gefahr schreit, steigt die Arbeitslosigkeit weiter, wächst die Zahl der Ausgesteuerten, der Verhungernden in die Millionen, wirken sich die neuen Steuern aus und die Zollschraube; naht ein Winter voll Schrecken und Grauen, und über ihm das Gespenst des „Faschismus".

Man verstehe nicht falsch. Daß das Proletariat die Pest der wildgewordenen Narren um Hitler nicht zu bannen vermochte, ist gewiß eine Tragik. Aber eine noch größere Tragik ist, daß es nicht lernte, diese Pest ideologisch zu überwinden. Das Proletariat ließ sich von den Fängen des Opportunismus umgarnen und warf den Sozialismus als Programm über Bord zu Gunsten der „Demokratie". Alle Polemik ist aufgepäppelt auf der Phrase: „Demokratie gegen Diktatur". Selbst der alte kindisch brabbelnde Kautsky wird bemüht, um das Lied von der Freiheit der Demokratie zu singen, von der ungehemmten Entwicklung der geistigen Kämpfe auf dem Boden der Demokratie.

Und diese Demokratie existiert nicht, hat nie existiert, kann nicht existieren.

Wer das nicht glaubt, der kann ja, wenn er arbeitslos, ausgesteuert, am Verhungern ist, hingehen und sich auf das in der Verfassung verbriefte Recht berufen, daß jedem Deutschen, der ohne seinen Willen arbeits- und wohnungslos ist, ein Recht auf ausreichende Unterstützung und Wohnung zusteht. Man wird ihn auslachen. Und wenn er trotzdem darauf besteht, wird man ihn hinauswerfen. Und wenn er noch weiter opponiert, dann wird ein demokratischer Schupomann kommen und ihn ein paarmal gründlich mit dem Gummiknüppel über den Schädel wichsen. Wenn er dann vielleicht noch nicht begreift, nie begreift, dann wird man den Mann in ein Irrenhaus sperren und die demokratischen Schmalzbäuche werden das ganz in Ordnung finden. Sie wissen, daß dem Proletariat kein anderes demokratisches Recht bleibt, als das, zu verrecken, wenn der Profit gerettet werden soll.

Demokratie im Kapitalismus ist **Idiotie!** So lange das Proletariat solchen **idiotischen** Parolen folgt, darf es sich nicht wundern, wenn diese Idiotie von dem in den sozialen Abgrund geschleuderten Kleinbürgertum noch übertrumpft wird durch den Unsinn von „Nationalsozialismus". Das ist eben der Trick, daß man dem Spießer sein „Vaterland" läßt, und ihn durch soziale Demagogie aufstachelt in der Hoffnung, daß man — wenn die Bewegung gefährlich wird — die Großmäuler nur auf das Rathaus holen braucht, und die Pleite ist da. Die Frickerei in Thüringen ist ein klassischer Beweis dafür.

Noch ein Wort zur KPD. Sie bewegt sich trotz aller Phraseologie absolut auf dem Boden des Stumpfsinns der Demokratie, schon durch die Praxis ihrer Politik. Dadurch, daß sie selbst die Wahlen zum demokratischen Parlament als ein Mittel propagiert, das eine Aenderung der Dinge herbeiführen könnte, lenkt sie die Massen entscheidend von dem demokratischen Betrug ab. Und dadurch, daß sie den wiedererstandenen Kapitalismus in Rußland als Kommunismus anpreist, liefert sie allen Gegnern des revolutionären Proletariats Argumente. Sie kettet die Arbeiter an die Gewerkschaften und vereitelt ihnen dadurch den ideologischen und organisatorischen Weg zur eigenen Sammlung und organisatorischen Vorbereitung des Kampfes gegen den **Kapitalismus als System.**

Das ist der springende Punkt. Die Wahlkomödie beweist nur von neuem, was eines Beweises gar nicht mehr bedurft hätte: daß das Proletariat in dem Zirkus der parlamentarischen Politik nur Staffage ist, Objekt für korrumpierte Politikanten. Will es sich der sozialen Katastrophe erfolgreich entgegenstemmen, muß es sich abwenden von der Illusion, daß es mit **bürgerlichen** Methoden an dem Grundübel seines Elends zu rühren vermag; **an der auf Privateigentum fundierten Ordnung, die durch ihre eigenen Widersprüche das soziale Chaos erzeugt und sich alle Wege zu einer Gesundung verrammelt hat.** Der Weg von dieser Erkenntnis zur Tat ist nur ein Schritt: der Sturz des Kapitalismus und die Aufrichtung der proletarischen Diktatur. Der Kampf gegen den demokratischen Humbug als Ablenkungsmanöver ist nur ein Schritt auf diesem Wege.

Verlichte Wahlspekulation

Die deutsche Bourgeoisie ist über den Ausgang der Wahlen völlig entsetzt. Ihr war der Grad der Verzweiflung der Massen über das von der Weltkrise und vom kapitalistischen System heraufgeführte Elend nicht bewußt. Die Fühlungnahme mit den Massen war ihr vollkommen entglitten. Sie lebte so sehr in ihrer kapitalistischen Welt und war so überzeugt, daß jeder die Notwendigkeit der Rettung ihres Profites erkennen würde, daß sie an eine so scharfe antikapitalistische Einstellung gar nicht glaubte und glauben konnte. Ihre Kenntnis von der Seele des Proletariats schöpfte sie aus der Einstellung der Gewerkschaften zum Kapitalismus. Sie identifizierte die Gewerkschaftsbewegung mit der Anschauung der breiten Massen der Arbeiterschaft. Da die Gewerkschaften prokapitalistisch waren und die Klassenharmonie als den einzigen Ausweg erblickten nahm die Bourgeoisie an, daß diese Anschauung Gemeingut der Arbeiterschaft geworden sei und daß sie daher sozusagen der Garant für das Fortbestehen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist. In dieser Anschauung wurde sie durch das Verhalten der Sozialdemokratie gestärkt, die vor ihr auf den Knien lag und sie anflehte, die Koalition wieder herzustellen.

Der beispiellose „Opfermut" der Sozialdemokratie für die Erhaltung des Staates war ihr das beste Zeichen und der beste Beweis, daß sie rücksichtslos ihre Offensive gegen die Arbeiterschaft fortsetzen konnte. Nachdem noch dazu die Landwirtschaft in die Front der staatserhaltenden Parteien hinübergeschwenkt war, bestand für die parlamentarisch herrschenden Parteien gar kein Zweifel mehr an der Durchsetzung ihres Rettungsprogramms. Dazu kam noch der Segen vom Hause Hindenburg, durch den man den Zustrom aller nationaldenkenden Kreise erhoffte. Die Frontkämpfergeneration der Brüning und Treviranus hatte noch nicht bemerkt, daß die altehrwürdige Gestalt des greisen Feldmarschalls für die neue Generation ohne Heiligenschein war. Seine treue Pflichterfüllung für die kapitalistische Republik, seine Unterschrift unter den Youngplan, hatte ihn zu einem durch den marxistischen Geist getrübten senilen Mann gemacht, der für die nationalen Massen nicht mehr die Verkörperung der deutschen imperialistischen Zukunft darstellen konnte. Diese Entwicklung von der nationalen Vergangenheit zur nationalen Zukunft war den in der Stahlhelmtradition lebenden kapitalistischen Führern entgangen. Sie hatten nicht bemerkt, daß der Stahlhelm durch die Sturmabteilungen Hitlers ersetzt war, welche ohne Berührung mit der alten militärischen Tradition sich entwickelt hatten.

Das Charakteristische an dem nationalsozialistischen nationalem Programm ist eben das dritte Reich, das auf der Zerstörung der Herrschaft des Finanz- und Großkapitals beruht, dessen Sklaven gerade die deutsche Bourgeoisie in ihrer Gesamtheit von den Deutschnationalen bis zu den Marxisten reformistischer oder revolutionärer Farbe ist. Der Unterschied zwischen dem Nationalismus der Youngbourgeoisie und dem Nationalismus der Nationalsozialisten ist so grundverschieden, daß die Nationalsozialistische Arbeiterpartei nicht den Weg des Kapitalismus gehen wird, daß sie nicht durch die Koalition mit den bürgerlichen Parteien sich genau so wie Sozialdemokratie von den kapitalistischen Notwendigkeiten ihre praktische Handlungsweise diktieren lassen wird. Dies geht schon daraus hervor, daß die Hitlerpartei grundsätzlich nicht die Koalition verwirft, sondern sie als eine Etappe zum Ziel ansieht. Weil aber die großen Massen noch an den anti-